

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 212

SONNTAG, 4. Juli 1937

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
SAJ und Komintern
Dachau
Wer ist's?
Dresdner Korruptionssumpf

Entscheidende Tage

Der Angriff des Faschistenblocks.

In diesen Tagen werden die Konsequenzen der Selbsttäuschungen der Westmächte über das wahre Wesen des Dritten Reiches sichtbar. Auf diese Selbsttäuschungen ist eine verfehlte Politik aufgebaut worden. Diese Politik sollte dem Frieden dienen. Statt dessen hat sie eine Situation herbeigeführt, die nur die Wahl zu lassen scheint zwischen einer schweren Niederlage der europäischen Demokratie und dem Krieg. Denn kein Zweifel darf herrschen: der Untergang des republikanischen Spanien wäre eine Niederlage der europäischen Demokratie, wäre die Besiegung der Vorherrschaft des deutsch-italienischen Faschistenblocks in Europa.

Die spanische Frage und die Frage der Vorherrschaft in Europa können nicht voneinander getrennt werden. Der Versuch, sie zu trennen, würde da enden, wo jede Vogel-Strauß-Politik enden muß. Darum fragt sich ein jeder Freund der Demokratie in Europa: werden England und Frankreich resigniert die Erwürgung des republikanischen Spanien dulden, werden sie fortfahren, den Angriff Hitlers und Mussolinis auf Spanien mit der Lüge der Nichtinterventionspolitik zu decken? Es ist das Geschick Europas, das sich jetzt entscheidet!

Der dramatische Ablauf der Dinge und die starken Gesten Englands und Frankreichs dürfen nicht verdecken, daß in der Sache Deutschland und Italien auf die letzten Reste des Völkerrechts und des Kollektivsystems pfeifen. England und Frankreich haben auf die deutsche Drohung mit einem neuen Almeria mit Noten geantwortet, die nahezu ultimativen Charakter besaßen. In der Frage eigenmächtiger Repressalien aus Anlaß des Falles des Kreuzers »Leipzig« hat Hitler nachgegeben — in der Hauptsache aber nicht.

Dies Nachgeben in dieser Spezialfrage hat den englischen Ministerpräsidenten Neville Chamberlain veranlaßt, im Unterhaus die Hoffnung auszusprechen, daß eine Einigung mit Deutschland vielleicht doch noch möglich sei. Die Folge davon ist eine wilde Hetze der deutschen und italienischen Presse, sind Erklärungen Hitlers und Mussolinis, daß sie die Auslieferung Spaniens, die völlige Zerstörung der europäischen Sicherheitspolitik und die Vorherrschaft in Europa verlangen. Die Brutalität dieser Forderungen wird von denen, die sich unterwerfen sollen, noch mit diplomatischen Spielen bemäntelt — aber angesichts der Tatsachen ist nichts mehr zu verbergen.

Die Tatsachen sind:

In Spanien stehen etwa 100.000 Mann deutsche und italienische Truppen, die für Franco kämpfen und die der einzige Grund dafür sind, daß der Krieg noch nicht zu Ende und Franco noch nicht geschlagen ist. Diese Truppen sind ausgerüstet mit modernster schwerer Artillerie und einer Luftflotte, die ständig von Deutschland und Italien verstärkt und ergänzt wird.

Vor der Küste des republikanischen Spanien kreuzt der weitaus größte Teil der gesamten deutschen Flotte zusammen mit italienischen Kriegsschiffen. Was Operation der wenigen Franco-Kreuzer, was Operation der deutschen und italienischen Schiffe ist, ist seit langem nicht mehr zu unterscheiden. Deutsche und italienische U-Boote führen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg gegen spanische Regierungsschiffe. Sie torpedieren die Handelsschiffe der Regierung ohne vorherige Warnung und

Spanien und die Internationale

Die Forderungen der spanischen Republik sind die Forderungen der Internationalen Arbeiterklasse!

Am 24. Juni traten in Paris das Bureau der SAI und der Vorstand des IGB zu einer gemeinsamen Beratung zusammen, um die Lage in Spanien einer neuen Prüfung zu unterziehen. Der Sitzung lagen Vorschläge der sozialistischen Partei Spaniens vor, in denen die Wünsche der spanischen Arbeiterklasse bezüglich der von der internationalen Arbeiterbewegung einzunehmenden Haltung zusammengefaßt wurden.

Im Verlauf der Tagung teilte Citrine (England) mit, daß diese Forderungen von den Spitzenkörperschaften der englischen Arbeiterbewegung (Arbeiterpartei, Gewerkschaftsbund, Parlamentsfraktion) sorgfältig geprüft und im vollen Umfange angenommen wurden.

Nach mehrstündigem Meinungsaustausch wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen:

Die Bureaus der SAI und des IGB bei ihrer gemeinsamen Sitzung in Paris am 24. Juni 1937,

angesichts der äußerst ernsten Lage, die durch die Zerreißen des internationalen Kontrollsystems durch Deutschland und Italien entstanden ist, die die gefährlichen Absichten des internationalen Faschismus in seinem Angriff auf Spanien enthüllt,

erklären, daß sie sich vorbehaltlos die folgenden Vorschläge zu eigen machen, die von den Vertretern der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei und des spanischen Gewerkschaftsbundes unterbreitet worden sind:

Daß die moralische Solidarität mit der

Sache der spanischen Republik, die wiederholt von den Mitgliedern und Führern der genannten Internationalen bekundet wurde, sowie die Beschlüsse von London (19. März 1937) und Genf (17. Juni 1937), in welchen das Versagen der Kontrolle festgestellt wird, es zur Pflicht machen, in nachstehender Weise zu handeln:

1. Unverzüglich und mit allen Mitteln auf die dem Völkerbund angehörigen Regierungen einen Druck auszuüben, damit sie in Übereinstimmung mit dem Völkerbundpakt der spanischen Regierung helfen, ihre politische und territoriale Unabhängigkeit wiederzuerlangen.

2. Die Rückkehr zur Freiheit des Handels zu erzwingen, damit die spanische Regierung — deren Rechtmäßigkeit außer Zweifel steht — sich die zur Verteidigung ihres Landes und ihres Rechts erforderlichen Waffen beschaffen könne.

3. Die unbestreitbaren Solidaritätspflichten gegenüber der Sache des republikanischen Spanien auf alle Mitglieder und alle verantwortlichen Organisationen, die den Internationalen angehören, auszuweiten.

Die beiden Internationalen verpflichten alle ihre angeschlossenen Organisationen zur entschlossenen Durchführung dieser Richtlinien.

Für die spanische Delegation dankte Cordero den beiden Internationalen für den gefaßten Beschluß, der von der spanischen Arbeiterschaft mit großer Freude begrüßt werden werde.

ohne sich um die Rettung der Besatzung zu bemühen.

Italien hat unbestreitbar zwischen Mitte Mai und heute abermals mindestens 20.000 Mann Truppen in Malaga gelandet.

Deutsches Material strömt in Massen nach Spanien.

Mit deutschen und italienischen Truppen, deutschem und italienischem Material wird ein Generalangriff gegen das republikanische Spanien vorbereitet.

Soll dieser Generalangriff gedeckt werden mit der Lüge der Nichtintervention? Die Diktatoren selbst legen keinen Wert auf diese Deckung. Sie sagen, was sie wollen, und was sie tun.

Mussolini hat im »Popolo d'Italia« geschrieben: »Das faschistische Italien war im spanischen Bürgerkrieg nicht neutral. Es hat gekämpft, und also muß der Sieg ihm gehören.«

Noch brutaler hat sich Hitler erklärt: In seiner Würzburger Rede hat er einen lapidaren Satz gesprochen:

»Deutschland muß Eisenerze einführen. Wir wollen eine Franco-Regierung in Spanien, damit wir spanische Eisenerze kaufen können.«

Das ist das brutale Gesicht des neudeutschen Imperialismus! Deutschland hätte keinen Mangel an Eisenerzen, hätte keinerlei Einfuhrschwierigkeiten, wenn Hitler nicht zum Krieg rüstete. Es geht nicht um den angeblichen »Bolschewismus« in Spanien, es geht um die Eisenerze, es geht um die Vorbereitung des Weltkrieges! Deshalb haben Görings Flieger vor Bilbao massenhaft Frauen und Kinder geschlachtet, deshalb wird das spanische Volk zu ungeheuren Blutopfern und Jahren des Leidens gezwungen.

Um diesen imperialistischen Krieg zu decken, behauptet Hitler, das deutsche

Volk sei angegriffen worden: »Wir haben einen Angriff erlebt, seine Behandlung gesehen, und sind dadurch geheilt für immer.« Dieser schändlichste und verlogenste aller Angriffskriege soll demnach als Verteidigungskrieg maskiert werden, damit er Deckung finde gegen den Unwillen des eigenen Volkes.

Die brutalen Erklärungen Hitlers waren verbunden mit einer endgültigen Absage an internationale Zusammenarbeit und an kollektive Abmachungen. Was sind danach die Paktpläne noch wert, die in den europäischen Kanzleien noch immer gewälzt werden?

Es ist ein Angriff des Blocks Deutschland-Italien im Gange. Das Ziel Hitlers, der seine Politik gegenüber allen vorsichtigeren Kräften im System durchgesetzt hat, ist es, den Erfolg der Rheinlandbesetzung zu wiederholen. Wenn er freie Hand in Spanien erhält, so ist das ebenso verhängnisvoll, wie wenn er freie Hand im Osten hätte. Denn freie Hand in Spanien, Zertrümmerung der spanischen Demokratie mit allen machtpolitischen Konsequenzen, die sich daran schließen würden, das bedeutet für Hitler: freie Hand in Europa.

Bei der Eröffnung des Kongresses der Internationalen Handelskammer sprach Göring:

»So wie der Nationalismus den Frieden im eigenen Volke hergestellt hat, so will das nationalistische Deutschland den Frieden mit der Welt herstellen.«

Dieser »deutsche Friede« der Hitler und Göring würde Europa in ein einziges großes Konzentrationslager verwandeln. Wehe denen, die heute noch glauben sollten, daß sie mit einem Verrat an der Demokratie in Spanien das Geschick von sich abwenden könnten!

Keine Finanzhilfe für Deutschland und Italien

Die Exekutive der SAI faßte auf ihrer Sitzung vom 26. Juni den folgenden Beschluß:

Nach gewissen Nachrichten soll der belgische Ministerpräsident Van Zeeland, der, auf Initiative der englischen und französischen Regierung, die Bedingungen einer internationalen Wirtschaftskooperation untersucht, in seinen Gesprächen mit der Regierung der USA die Gewährung großer Anleihen an Italien und Deutschland empfohlen haben, unter der Bedingung, daß diese Staaten einer liberalen Handelspolitik und einer Verringerung ihrer Rüstungsausgaben zustimmen.

Die Exekutive erhebt gegen solche Absichten, wenn sie bestehen sollten, schärfsten Protest. Angesichts der wachsenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ihre Rüstungspolitik erzeugt hat, wäre eine Finanzhilfe für Hitler und Mussolini die Rettung ihres terroristischen und friedensbedrohenden Regimes. Die Exekutive warnt die demokratischen Regierungen vor einem Vorgehen, das, statt den Frieden durch eine konsequente und entschiedene Politik der kollektiven Sicherheit zu erzwingen, der faschistischen und nationalsozialistischen Diktatur die ihnen nötige Atempause verschafft, nach der sie ihre Politik der Friedensgefährdung mit verstärkter Kraft fortsetzen werden.

Wer ist's?

An seinem Deutsch soll ihr ihn erkennen.

Einen Löwen erkennt man an seiner Pranke, einen Verfasser amtlicher Denkschriften an seinem Deutsch:

Waren im Kaiserreich Erklärungen der Regierung trocken und korrekt, legte die Republik Wert auf klaren und flüssigen Stil, so spricht das Dritte Reich die geschwollene und verquollene Sprache eines Mannes, der gern vornehm sein möchte aber nicht kann.

Der Mann will zum Beispiel — in der Note und Denkschrift zum »Leipzig«-Konflikt — die Behauptung aufstellen, die Reichsregierung habe für die Sicherheit ihrer Schiffe nur die notwendigsten Garantien verlangt. Aber wie quillt das aus seinem Munde?

»Sie hat sich hinsichtlich der von ihr zu fördernden Garantien für die Sicherheit ihrer Schiffe auf ein Minimum beschränkt.«

Er will sagen, die englische und die französische Regierung hätten diese Minimalforderung abgelehnt, und es kommt heraus, sie hätten sich »nicht einmal zu dieser Minimalforderung bereit finden lassen.«

Er meint, daß es an der Solidarität fehlt, die die Voraussetzung für die Durchführung der gemeinsamen Aufgabe ist, und er deklariert, daß es an »derjenigen Solidarität fehlt, die usw.«

Er diktiert: »das deutsche Reich hat ... zum Unterschied der anderen Staaten an keiner der geschichtlichen Bereubungen Spaniens teilgenommen«, und kein Geheimrat wagt, das logisch und grammatikalisch falsche »der« durch das richtige »vone« zu ersetzen.

Er nennt als Ziel des Bolschewismus »ein von Revolutionen erschüttertes internationales Chaos« und niemand belehrt ihn, daß ein »Chaos« etwas ist, was gar nicht mehr »erschüttert« zu werden braucht.

Behauptungen über deutsche Absichten

»In bezug auf Spanien sind für ihn von den leider besonders in unseren westlichen Staaten sitzenden Freunden der Bolschewisten erfundene Lügen. Welche sind die westlichen Staaten, die für eine amtliche Erklärung der deutschen Regierung die »unseren« sind?

Er sagt, er habe in Almeria »selbstverständliche Vergeltung gelübt« und fährt fort:

Nicht um einen Racheakt zu begehen; denn durch das Bombardement von Almeria konnten weder die Toten unseres Panzerschiffes lebendig, noch die Krüppel wieder gesund werden. Nein, diese Beschließung erfolgte nur, um durch diese Vergeltung den Verbrechern in Valencia die Lehre zu geben, wenigstens für die Zukunft weitere derartige Angriffe auf deutsche Kontrollschiffe zu unterlassen.

Nicht nur die grammatikalisch falsche Konstruktion des letzten Satzes, sondern auch die höchst persönliche Logik des ganzen Absatzes verrät den Urheber. Danach wäre Rache — im Gegensatz zur bloßen Vergeltung — etwas, wodurch man Tote wieder lebendig und Krüppel wieder gesund machen kann.

Es wimmelt von Redensarten wie »im Zuge dieser Absichten«, »die Beschlußfassung dieser Maßnahmen«, »der erfolgte deutsche Befehl«, usw. Er meint, daß sich die Bolschewiken über etwas lustig machen könnten, und er sagt, daß es »in den Augen der bolschewistischen Machthaber geradezu den Charakter des Lächerlichen erhalten müßte.«

Schließlich muß er feststellen, daß es zu einer Einigung nicht gekommen ist. Klarer Tatbestand! Wie faßt man ihn in Worte, wenn man den Geheimräten zeigen will, daß man auch ein Diplomat, sogar ein sehr gewichtiger ist, einer, der sich hochdiplomatisch ausdrücken kann? Dann legt man das ab so hin:

»Unter diesen Umständen blieb den Vertretern der vier Mächte nichts anderes übrig als festzustellen, daß die Versuche einer gemeinsamen Einigung als mißlungen anzusehen seien.«

Lage zwischen uns und dem Verfasser dieses Schriftstückes nicht ein moralischer Abgrund, schon über das Sprachliche allein wäre eine »gemeinsame Einigung« nicht möglich. Aber spiegelt sich im Sprachlichen nicht auch das Sachliche? ER schreibt den Stil seiner Politik.

Das Riesengeheimnis

Aus dem Rheinland wird uns berichtet:

Im Februar dieses Jahres wurde die Kölner und die rheinische Öffentlichkeit durch ein Revirement von politischer Bedeutung überrascht. Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Riesen, der im März 1933 von der braunen Obrigkeit zum »Führer« der Stadt als Adenauers Nachfolger ernannt worden war, hatte plötzlich sein Amt niedergelegt. Auf Grund guter Informationen konnte der »Neue Vorwärts« damals mitteilen, daß der Sturz des Oberhauptes der zweitgrößten preußischen Stadt mit seiner gar nicht mehr zweifelhaften Verbindung zu dem Millionen-Textilgroßhause Brügelmann stehe, in das Dr. Riesen, einstmaliger Angestellter im Bankhause Levy-Hagen, eingeheiratet hatte. Gleich nach Riesens Amtsantritt erfreute sich das Haus Brügelmann gewaltiger Aufträge für SA- und SS-Uniformen und andere einschlägige Textilien — übrigens nicht ganz unverdient, weil es schon vorher jedem braunen Bittsteller eine offene Hand gezeigt hatte. Immerhin verzeichneten seit Anbruch des Dritten Reiches die Herren Brügelmann und ihr Schwager und Teilhaber Dr. Riesen eine Blüte, die in der ganzen Stadt — keineswegs nur bei den notorischen Meckerern — heftig nach Korruption duftete.

Jetzt aber erfährt man durch eine Indiskretion des Finanzamtes Köln-Altstadt (Str.-L. 37/36) den unmittelbaren Anlaß zum Sturze des Dr. Riesen. Nach einer Mitteilung der genannten Behörde wurden die Mitinhaber der Fa. F. W. Brügelmann-Söhne, Köln, Mühlengasse 1-15, Dr. jur. Otto Brügelmann und Kurt Adolf Brügelmann, die sich am Amtssessel ihres Schwagers gewärmt hatten, durch rechtskräftige Unterwerfungsverhandlung vom 25. Februar 1937 wegen gemeinschaftlicher fortgesetzter Einkommensteuerhinterziehung für die Jahre 1926—1935 mit Geldstrafen von 500.000 RM, bzw. 300.000 RM bestraft. Gleichzeitig erhielt der Prokurist der Firma wegen fortgesetzter Lohnsteuerhinterziehung Geldstrafen in einer Gesamthöhe von 40.000 RM.

Die braune Presse, die jeden kleinen jüdischen Geschäftsmann wegen des geringsten Vergehens mit fingerdicken Überschriften anprangert, hat über die Verhandlungen und über das Urteil gegen diese honorige Firma keine Zeile gebracht. Dafür hat sie durch

Die Unternehmer im Dritten Reich

Wachsende Beunruhigung — Weltuntergangsstimmung

Ein neues Moment in der inneren Entwicklung Deutschlands ist die wachsende Beunruhigung der Unternehmer. Gerade in diesen Kreisen war in der ersten Zeit des neuen Regimes eine gewisse Zufriedenheit unverkennbar. Das Geschäft belebte sich, man verdiente gut, man wurde nicht durch Forderungen der Arbeiter gestört. Manchen schien ein neues goldenes Zeitalter gekommen. Dann aber kam die Rohstoffnot, kamen die zahllosen Anordnungen, die die geschäftliche Bewegungsfreiheit aufs empfindlichste einschränkten, mit ihnen kam die Vorahnung eines bevorstehenden schlimmen Endes, eines neuen »großen Ausverkaufs«.

Die Monatsberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sprechen von einer »Weltuntergangsstimmung« in den Kreisen der Unternehmer. Sie warnen freilich zugleich auch davor, die Bedeutung dieser Stimmung zu überschätzen. Die psychologische Wirkung der Rohstoffnot auf die Unternehmer ähnelt, so meinen sie, sehr der früheren Wirkung des Lebensmittelmangels auf die breiten Massen. Die erste große Welle der Lebensmittelknappheit hat im Volke ebenfalls die Ueberzeugung ausgelöst: so kann es nicht weitergehen. Inzwischen aber hat sich das Volk an die Schwierigkeiten der Versorgung weitgehend gewöhnt. Mit einem ähnlichen Ablauf der psychologischen Wirkungen muß man auch bei der Rohstoffnot rechnen. Gewiß, der Rohstoffmangel ist wirtschaftlich gefährlicher als der Lebensmittelmangel, aber auch auf diesem Gebiet gibt es noch große Möglichkeiten des Ausgleichs durch Entbehrung: einmal durch Verschlechterung der Versorgung und zweitens durch Einschränkung der Arbeit und des Verdienstes. Politisch stellt sich deshalb das Problem ähnlich wie der Lebensmittelknappheit:

Inwieweit der Mangel durch Entbehrung ausgeglichen werden kann, ist in großem Umfange nicht eine wirtschaftliche, sondern eine psychologische Frage.

Zur Zeit allerdings ist die Stimmung kritisch. Es fehlt an Eisen und allen anderen Metallen, an Leder, Textilstoffen, Holz, Papier, kurz an allem.

Erst verhältnismäßig spät ist man dazu übergegangen, den Mangel wenigstens teilweise zu organisieren. Seit Mitte Februar hat man in der Maschinen- und Kesselbau-Industrie Vorbereitungen zur Kontingentierung aller Rohstoffe und Halbfabrikate getroffen. Dann wurden

die Walzwerke und Gießereien verpflichtet, alle Aufträge, die sie bis zum 30. April nicht ausführen konnten, zurückzugeben. Ab 1. Mai muß über den Verbrauch von Rohstoffen und Halbfabrikaten besonders Buch geführt werden, und diese Buchführung wird auch strengstens überwacht. Für Ausfuhrgeschäfte gibt es Kontingente für das ganze Jahr, die anderen bekommen ihr Quantum monatlich zugewiesen, das im Juli/August nur noch 55 Prozent des vorjährigen betragen soll. Solche Ankündigungen sind geeignet, eine richtige Panikstimmung hervorzurufen. Die Elektro-Industrie, der Hoch- und Brückenbau müssen ihren Bedarf im freien Handel decken. Damit sind sie keineswegs besser gestellt als die mit Kontingenten bedachte Maschinen-Industrie, sondern viel schlechter. Glücklicherweise, wer sich auf Reichswehr-Aufträge berufen kann oder sonst über gute Beziehungen verfügt. Wer sich leisten kann, hat seine Angestellten in Berlin, die nichts anderes zu tun haben, als bei den Aemtern herumzulaufen.

Zu dieser Rohstoffnot und allen Aufregungen, die mit ihr verbunden sind, kommt nun noch ein zweites Moment der Beunruhigung: die Unmöglichkeit, erzielte Gewinne wertbeständig anzulegen. Was sollen die Unternehmer mit dem Papiergeld und den Rüstungswechsels anfangen, die ihnen als Ertrag ihrer Tätigkeit reichlich zufließen? Die Behörde zwingt sie, ihre Lagerbestände zu verkaufen, aber nach Räumung ihrer Lager können sie sich keine neuen Waren beschaffen, weil sie nicht zu bekommen sind. Früher haben die Unternehmer auch neue Maschinen in Massen »gehamstert«, heute ist der Bedarf mehr als gedeckt, sofern es sich nicht um Ersatzstoff-Industrien handelt. Vor allem aber können die Maschinenfabriken meist nur nach sehr langen Lieferfristen liefern; auch bei ihnen fehlt es an Eisen und anderen Rohstoffen. In den letzten Monaten kamen daher viele Unternehmer auf einen anderen Ausweg: sie kauften Grundstücke, um ihr Geld wertbeständig anzulegen. Das nahm einen solchen Umfang an, daß der Staat den Grunderwerb von einer behördlichen Genehmigung abhängig machte. Dann sind Industrielle auf den Gedanken gekommen, sich außerhalb ihres Betriebes geheime Warenlager anzulegen. Aber die Polizei ist auch dieser Methode der Substanzerhaltung schon auf der Spur. Was also bleibt übrig als die Anlage in Reichsanleihen, die ohnehin mit allen Mitteln »gefördert« wird.

Die Unternehmer zeichnen Reichsanleihe, aber immer deutlicher kommt ihnen zum Bewußtsein, daß sich hinter dieser staatlich erzwungenen Kapitalanlage ein tatsächlicher Verlust an Kapitalsubstanz verbirgt. Wohl sind die Reichsanleihen lombardfähig, doch wird jeder Kreditanspruch in der Reichsbank streng geprüft, ob er wirtschaftlich und staatspolitisch vertretbar ist. Eine neue Kette von Abhängigkeiten schnürt die viel berufene Unternehmer-Initiative ein.

So leben heute viele Unternehmer in der Vorstellung, daß eine kommende Wirtschaftskatastrophe sie verschlingen wird, ohne daß sie die Macht haben, sie abzuwenden.

Also ist man in Oppositionsstimmung. Aber diese Stimmung kommt zunächst nur aus dem Geschäftsinteresse. Hinter ihr steht noch nicht die Kraft der Ueberzeugung, steht noch keine grundsätzliche Gegnerschaft gegen das System. Der »Wirtschaft« geht es einstweilen nur um die Wiederherstellung der freien »Unternehmerpersönlichkeit«, noch nicht um die Wiederherstellung der freien Persönlichkeitsrechte überhaupt. Die Unternehmer sehnen sich nach der freien Wirtschaft, aber noch nicht nach der Freiheit schlechthin. Immerhin, auch das ist schon etwas. Es ist nicht unwichtig, daß nach den anderen Bevölkerungsschichten nun auch weite Kreise der Unternehmer von der allgemeinen Unzufriedenheit erfaßt werden. Und es ist nur natürlich, daß diese allgemeine Unzufriedenheit in jeder Bevölkerungsschicht, in jedem Berufsstand ihre besonderen Ursachen hat. Jeder sieht zunächst nur das, was ihn unmittelbar angeht. Der Arbeiter sieht die gedrückten Löhne, die erhöhte Antreiberei und die steigenden Preise, der Mittelständler die höheren Steuer- und Spendenlasten und die gesunkene Gewinnspanne; der Landwirt sieht, daß er nicht mehr Herr auf seinem Hofe ist und daß seine Steuern und Abgaben immer weiter wachsen. Und nun kommt noch der Unternehmer hinzu und sieht mit seinen Rohstoff- und Warenlagern sein Betriebskapital dahinschwinden. Zunächst folgert jeder aus einem anderen Grunde, daß es so nicht weitergehen kann und in dieser Zersplitterung der Mißstimmung liegt ihre politische Schwäche. Von dem Grad, in dem diese Zersplitterung überwunden wird, hängt es ab, ob aus der allgemeinen Mißstimmung eine wirkliche politische Kraft erwächst, die dem herrschenden Regime gefährlich wird.

das Medium der Augen des Gauleiters Grob heftige Tränen vergossen, weil die Stadt Köln sich von ihrem Dr. Riesen, dem »Erneuerer ihrer Finanzen«, habe trennen müssen. Es hieß gleichzeitig, daß Dr. Riesen sozusagen einem höheren Rufe habe folgen müssen: einem Auftrage Görings, im Rahmen des Vierjahresplans eine bestimmte Tätigkeit zu übernehmen. Man hat von diesem Rufe und von dieser neuen Mission nie wieder etwas gehört. Dr. Riesen sitzt vielmehr in ruhig-abwartender Haltung nach wie vor in seiner Villa in Köln-Marienburg und hofft, Seite an Seite mit seinen Schwägern den heftigen Aderlaß des Betriebes durch emsige kommerzielle Tätigkeit bald wieder gutmachen zu können.

Da wäre denn die Geschichte eines Oberbürgermeisters einer deutschen Großstadt aus den ersten vier Jahren des tausendjährigen Dritten Reiches. Es gibt für die Kölner freilich noch ein Riesen-Geheimnis: wie hoch die Pension ihres verflorenen Obers ist. H.

Auslandsdeutsche Nazis unter sich

Rumänien hat eine etwa 750.000 Köpfe zählende deutsche Minderheit. Bis zum Machtantritt Hitlers lebte diese deutsche Minderheit in Eintracht, mit der in Deutschland vollzogenen Gleichschaltung aber brach die Einigkeit dieser deutschen Minderheit Rumäniens auseinander. Der Grund zur Zwietracht waren die aus Hitlerdeutschland fließenden Propagandagelder, auf die jeder »Führer« Anspruch zu haben glaubte. So wurde die organisatorische Spaltung der deutschen Minderheit in zwei Gruppen, die Gruppe Fabri-

tus (Volksgemeinschaft) und die Gruppe Gust-Milanich-Bonfert (Deutscher Volksrat) vollzogen. Beide Gruppen bekämpften sich seit 4 Jahren mit wütendem Haß und großer Leidenschaft. Unzählige Male schon mußte die rumänische Polizei und Gendarmerie eingreifen um, die wütenden Gegner auseinander zu bringen. Da beide Gruppen auf die Kulturreinrichtungen, die »Deutschen Häuser«, Anspruch erhoben, wurden die rumänischen Zivilgerichte öfters angerufen, die nun entscheiden sollten welcher Gruppe das »Deutsche Haus« gehört. Aber auch mit den anderen Nationen: Rumänen, Ungarn, Ukrainern u. a. haben die deutschen Minderheiten das gute Verhältnis, das bis zu Hitlers Machtergreifung bestand, verloren.

Am Sonntag den 20. Juni kam es zwischen den beiden oben genannten Gruppen, in dem in der Bukowina gelegenen Orte Ilisest, anlässlich einer Jubiläumsfeier zu einer blutigen Schlacht. Beide Parteien schlugen wütend aufeinander los, die wenigen Gendarmen waren machtlos und so mußte denn die Feuerspritze herangeholt werden um die beiden Parteien von einander zu trennen. Die Gendarmerie holte aus allen umliegenden Dörfern, ja sogar bis aus Suceava auf Autos Verstärkung herbei.

Daß die Nazis durch ihr überhebliches Auftreten der deutschen Minderheit ungeheuer schaden, kann als selbstverständlich gelten. Die rumänischen Behörden sehen die deutsche Minderheit, weil dieselbe ein dauernden Unruheherd darstellt, mit schiefen Augen an, von den anderen in Rumänien lebenden Nationen werden die Deutschen nicht mehr für ernst genommen. Durch diese, von den Führern der deutschen Minderheit ausge-

tragenen Kämpfe, hat die gesamte deutsche Minderheit zu leiden. Viele kulturelle Rechte haben die in Rumänien lebenden Deutschen schon eingebüßt.

Da die »Führer« dieser deutschen Minderheit eine dem rumänischen Staatsinteresse entgegengesetzte Politik betreiben, drücken die rumänischen Behörden auf die Deutschen und nehmen ihnen Teile ihrer kulturellen Rechte. Durch die Führer der Nazis wird die gesamte deutsche Minderheit in Rumänien gefährdet. Diesen Führern aber kommt es weniger auf die Interessen der in Rumänien lebenden Deutschen als auf die aus dem Berliner Propagandaministerium fließenden Gelder an.

»... danken wir dem Führer«

An einer Fabrik in Württemberg ist man die Inschrift:

Daß wir hier
arbeiten dürfen,
danken wir
dem Führer.

Dann kam Rohstoffmangel und Kurzarbeit. Eines Morgens, als sie wieder zur Fabrik gingen, lasen die Arbeiter:

Daß wir hier
nur noch 2 Tage in der Woche
arbeiten dürfen,
danken wir
dem Führer.

Max Adler gestorben

Ein Philosoph der Sozialismus

In Wien starb am 28. Juni Dr. Max Adler, einer der bedeutendsten Theoretiker des Sozialismus.

Sein Wirken begann an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts, in einer Zeit, in der dem Sozialismus die Gefahr einer geistigen Vertrocknung drohte. Der naturwissenschaftliche und soziologische Positivismus hatte das Interesse an den Problemen der Philosophie zurückgedrängt. Die große Nietzsche-Mode hatte auch so manche sozialistische Intellektuelle in ihren Bann gezogen; man schwärmte für das Kraftmenschtum der Renaissance und spottete über die »moralischen Stabstropfer von Säckingen«. Da kam als Gegenkraft der Neukantianismus, der in Deutschland in Cohen-Marburg seinen Begründer und in zahlreichen Schriftstellern, darunter den Sozialisten Karl Vorländer und Kurt Eisner, seine Apostel fand. Das Problem des Verhältnisses zwischen Marx und Kant wurde ein beliebter Gegenstand kritischer Untersuchungen. Zu ihnen hat dann der Wiener Max Adler mit seiner Schrift »Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft« und seinen späteren Werken wertvolle Beiträge geliefert.

Max Adler, übrigens kein Verwandter von Victor, war ein nicht weniger leidenschaftlicher Sozialist als dieser. Seine Stärke lag aber durchaus nicht in der praktischen Politik, sondern in der Theorie und hier wieder auf den Gebieten, auf denen die Gesellschaftswissenschaft an die Probleme des reinen Denkens angrenzt. Er war ein glänzender Redner und Debatter, der auf seinen Vortragsreisen durch Deutschland auch vielen reichsdeutschen Sozialisten wertvolle Anregungen bot. Sein Wirken war eine beständige Mahnung, daß der Sozialismus nur dann lebendige Kraft bleiben kann, wenn er mit den tiefsten Quellen des menschlichen Geistes verbunden bleibt.

Deutsche Siderheit

Die französischen Zeitungen berichten mit einem Lächeln: Herta Rost, alte Kämpferin, 27 Jahre, ist Telefonistin im deutschen Pavillon der Pariser Weltausstellung. Sie lernt einen Herrn Jan Bopp aus Zürich kennen, der zu seinem Vergnügen nach Paris gefahren ist. Die jungen Leute verloben sich, und weil Herr Bopp viel Zeit hat, streift er fleißig und ausdauernd um den deutschen Pavillon, hält sich auch dann und wann unbefugterweise im Arbeitsraum der Telefonistin auf. Die deutsche Ueberwachung des Pavillons wittert Vorbereitung eines Sabotageaktes, Fräulein Rost wird auf der Stelle entlassen. Man gibt ihr ein Rückreisebillet, bestimmt den Zug, mit dem sie nach Berlin zu fahren hat und zum Ueberfluß beauftragt man eine Person, die Fräulein Rost zum Hotel begleitet, um ihr beim Packen »beihilflich zu sein«.

Diese zarte Rücksicht hat Fräulein Rost mißverstanden. Sie zog vor, nicht nach Berlin zurückzukehren, sie emigrierte, indem sie in Paris blieb. Wer die deutschen Verhältnisse kennt, wird sagen, es war das Geschickteste, was sie tun konnte. Daß man in den Berichten indessen, die die Pariser Zeitungen bringen, so bereitwillig der deutschen Darstellung des Falles folgt, ist bedauerlich. Ein aufgeregtes Mädchen, nicht wahr — so heißt es dort, sie hat wohl gar gedacht, man könne sie in Berlin erschießen, — etwas romantisch und vermutlich übermäßig ängstlich, das Fräulein Rost. Oh nein, Fräulein Rost wußte Bescheid. Eine geringfügige Inkorrektheit im Dienst, — und Herr Bopp war wirklich Schweizer, kein verkappter Emigrant, aber welche Garantien hat Fräulein Rost, daß sie daheim Gerechtigkeit findet, — verdächtig ist sie nun einmal. Sie hat gar keine Garantien. Was für den unpolitischen Einzelnen die Rechtsunsicherheit in den Diktaturstaaten bedeutet, davon macht man sich in den demokratisch regierten Ländern kein hinreichend deutliches Bild. Hier versagt die Phantasie der Zeitgenossen, der unter glücklicheren Bedingungen lebt. Man möchte aus mehr als einem Grunde dem »mittleren Franzosen« wünschen, daß er nicht allzu bereit wäre, über die Lebensangst der Telefonistin Rost zu lächeln.

Aus dem Dresdner Nazi-Sumpf

Wie die »saubere Verwaltung« im Dritten Reich aussieht.

Die Vorgeschichte des Zörner

Ueber den Werdegang des korrupten Dresdner Oberbürgermeisters Zörner wird uns geschrieen:

Der nunmehr verunglückte Glücksritter Ernst Zörner, vormals Kaffeehändler in Braunschweig, später Oberbürgermeister der Stadt Dresden, wurde wie alle jene neudeutschen Würdenträger mit triiber Vergangenheit, emporgespült durch die Schlammflut der braunen Erhebung. Da es ihm nicht geglückt war, seine eigenen Angelegenheiten ins Reine zu bringen, versuchte er sich mit der Bereinerung öffentlicher Angelegenheiten durchs Leben zu bringen, was ihm auch glänzend gelang, bis ihn die Erfolge dieser Tätigkeit nunmehr ums Leben brachten.

Zörner stammte aus einer angesehenen, mittleren Kaufmannsfamilie der Stadt. Sein Vater richtete ihm ein Lebensmittelgeschäft ein. Aber Ernst Zörner hatte das Unglück gehabt, kurz vor Kriegsende zum Hauptmann befördert zu werden und nahm nun die Hauptmannswohnungen mit hinter den Ladentisch.

Sein Laden hielt diese Gewohnheiten nicht lange aus. Noch weniger konnte die Ladenkasse mit den Neigungen ihres Besitzers schritthalten. Es blieb nichts über als eine saftige Pleite mit anschließendem Offenbarungseid.

Der Bankrott, durch den Dutzende von Lieferanten geschädigt wurden, war betrügerisch, der Offenbarungseid ein Meineid.

Zörner lebte nach dem Zusammenbruch seines Geschäftes auf größerem Fuße als vorher. Seine Möbel und Einrichtungsgegenstände stellte er in den Räumen der NSDAP, Ortsgruppe Braunschweig, unter, um sie dem Zugriff des Staatsanwalts zu entziehen.

Er selber trat als Mitglied in die Hitlerbewegung ein. Im Archiv der NSDAP liegen noch heute Belege, die Zörner nach Ablegung des Offenbarungseides an die Parteigeschäftsstelle gegeben hat für die Gegenleistungen, die er für seine dort untergestellten Möbel erhielt.

Bald war es eine »Abschlagszahlung über vierzig Reichsmark für die vom Pg. Zörner geliehenen Möbel, bald eine Quittung über »achtzehn Zentner Kartoffeln, dem Pg. Zörner für Rechnung Möbelkonto frei Keller geliefert von der Ortsgruppe Halchter«.

Und sollte die Geschäftsstelle der NSDAP nicht mehr im Besitze dieser Belege sein, so sind deren faksimilierte Abzüge im Braunschweiger Stadtarchiv zu finden.

Auch in den Akten des Uschia (Hannover) dürfte manches interessante Zörnerschriftstück liegen.

Aber diese Geschäfte genügten dem Erneuerer im Hauptmannsrange nicht. Als von der »Judenrepublik« zugrundegerichteter ehrbarer Kaufmann wurde er bald eine beliebte Zugnummer in nationalsozialistischen Mittelstandsversammlungen. Wurde er in solchen Versammlungen von empörten Gläubigern wegen seines Bankrotts und seines Offenbarungseides zur Rede gestellt, vertröstete er die durch ihn Geschädigten felkend auf das Dritte Reich.

So wuchs er mit der Größe der Partei zu immer höheren Würden heran. Im Jahre 1936 wurde er als Spitzenkandidat Stadtverordneter der NSDAP. In dieser Eigenschaft stellte er Dutzende von Anträgen gegen die angebliche Mißwirtschaft der Linken.

In seiner freien Zeit reiste er in seinem trotz des Offenbarungseides geretteten Wagen, der allerdings einen anderen Farb-anstrich erhalten hatte, im Lande herum und hielt Vorträge gegen das korrupte Weimarer System. Dabei berechnete er den parteigenössischen Ortsgruppen für den Fahrkilometer eine Reichsmark, wie im Falle der Ortsgruppe Meine erwiesen wurde. (Mietkraftwagen berechneten zu dieser Zeit zwanzig Pfennige für den Kilometer.)

Auch sonst war er in seinen Ansprüchen der Partei gegenüber, der er angeblich so bogenstet und selbstlos diente, nicht kleinlich. Wenn er als Ortsgruppenführer eine Versammlung eröffnete und dem Redner des Abends das Wort gab, kassierte er umgehend dreißig Mark für diese ehrenamtliche Tätigkeit und quittierte für diese Beträge. Da die NSDAP in den letzten Jahren fast allabendlich Versammlungen abhielt, verschaffte sich Zörner auf diese Weise eine hübsche Nebeneinnahme.

Im Jahre 1930 wurde Zörner Landtagspräsident. Seine große Zeit begann. Wo überhaupt mit einigermaßen Ge-

schick durch Teilnahme an Sitzungen, Ausschüssen, Begutachtungen ein Pfennig Geld locker zu machen war, sah man den Präsidenten, unter dessen Erwerbätigkeit das Parlament in wenigen Wochen auf einen Sauerherdenton herabsank, der einem Menschen von Geschmack die Teilnahme an den Verhandlungen verweigerte.

»Feiges Gesindel«, »Sie haben es mit der Schnauze, Maulaffe«, »Sie gehören in den Gorillastall, Herr Doktor«, »Wir versaufen unser Oma sein klein Häuschen«, »SDP heißt Saupacke«, »Sie sind der größte Misthaufen, der existierte«, »Wir können ja hier mal Bürgerkrieg anfangen«, »Laternenpfahlaspiranten«, »Ihr werdet noch euren eigenen Dreck fressen«, diese kleine Auswahl aus den Argumenten, welche Zörner grinsend im Landtag duldete, da sie von seinen Parteigenossen kamen, möge genügen.

Der Fühnenführer bei diesen Rüpelien war der persönliche Freund Zörners, Albert Schneider aus Pattensen, der nach dem Machtantritt Bürgermeister und Kreisdirektor in Gandersheim wurde, in wenigen Monaten die Kreis- und Stadtkasse um viele Zehntausende betrog und Knall und Fall entehrt in der Versenkung verschwand und schimpflich aus der Partei ausgestoßen wurde. Und der einige Monate danach mit vollen Ehren als Bürgermeister in die Stadt Grund geholt wurde, um seine Künste an der dortigen Stadtkasse zu versuchen.

Er hatte bisher mehr Glück als sein Kumpan Zörner, der sofort bei seinem Amtsantritt als Präsident des Braunschweiger Landtages einen kostspieligen Umbau des Präsidentenzimmers und eine Erhöhung seiner Bezüge veranlaßte.

Bei der ersten Kassenprüfung seit seiner Wahl fanden die Revisoren erstmalig große Ausgabenträge für die persönlichen Neigungen des Präsidenten.

Tausende der feinsten Importen, Dutzende Flaschen edelsten Weinbrands waren auf Staatskosten durch die Kehlen des hochmögenden Herrn und seiner Freunde gegangen. Dabei konnte sich der Staat nicht einmal schadlos an Zörner halten, denn der Offenbarungseid schützte ihn noch immer.

Verschiedentlich wurde Zörner auf großen Schwindelzügen erpapt. Im Jahre 1931 unternahm er eine große Werbereise an den Niederrhein. In Rheinshausen, Geldern, Mörs und anderen Orten sprach er, Ueberall wohnte und aß er bei treuen Patees, die sich eine Ehre daraus machten, den Würdenträger auf das feinste zu bewirten. Ueberall aber auch kassierte Zörner kaltschnäuzig dreißig bis fünfzig Mark aus der Ortskasse trotz der Gastfreundschaft seiner Parteigenossen.

Das erregte böses Blut und Zörners Belege wurden nachgeprüft. Dabei stellte sich heraus, daß er obendrein das Fahrgeld zweiter Klasse von Hannover nach Düsseldorf noch einmal unrechtmäßigweise bei der Braunschweiger Ortskasse erhoben und dafür Quittung geleistet hatte.

Alle diese Schwindelzügen und Betrügereien waren der Öffentlichkeit, der Partelleitung und Hitler bekannt. Trotzdem stieg Zörner von Stufe zu Stufe. Da er in Braunschweig anrühlich war, machte man ihn zum Oberbürgermeister von Dresden.

Hier glückte es ihm, heimlich still und leise um die Fähnisse des 30. Juni herumzuschlüpfen. Aber es gelang ihm damals schon nicht mehr, seinen Kumpanen, den übelsten Nazihetzer des Landes, den reaktionären Hauptschriftleiter Dohrmann aus den Klauen der braunen Schnelljustiz zu retten. Dohrmann, genau so ein Bankrotteuer wie Zörner, versoffen und verschuldet bis über die Ohren, homosexuell und deshalb geschätzt in SA-Kreisen, flüchtete in der kritischen Zeit von Braunschweig nach Dresden, um im Amtszimmer Zörners Schutz zu finden. Hier wurde er erwischt und ins Braunschweiger Kreisgefängnis geschleppt. Ueber seinen weiteren Verbleib ist nichts bekannt geworden. Ernst Zörner kam damals mit einem blauen Auge davon.

Nun hat ihn das Geschick ereilt. Er wird nicht der letzte sein. Die Amtsstuben Deutschlands wimmeln von seinesgleichen.

Der Prozeß gegen den Schwager Zörners

Ende April, Anfang Mai 1937 lief in Dresden vor dem Landgericht in der Pillnitzstraße ein Korruptionsprozeß größeren Umfangs gegen den Architekten Linke, einen »alten Kämpfer«, der von den Lieferanten der Gartenbauausstellung über 120.000 RM. Bestechungsgelder genommen hatte. Dieser Linke-Prozeß zeitigte für alle Schichten Dresdens

das größte Interesse, da Linke der Schwager des Oberbürgermeisters Zörner war. Linke, der noch nicht 30 Jahre alt ist, wurde Dezernent für das Bauwesen am Dresdner Rathaus. Als Architekt leitete er und vergab die Bauarbeiten der Ausstellung »Roter Hahn« 1936 und der Gartenbauausstellung. Die Ausstellung schloß mit einem Defizit, trotz guten Besuchs. Wie konnte dies geschehen?

Linke gewährte, wie es der Prozeß zeigte, über den festgesetzten Preisanschlag den Baumeistern Wormitz, Richter u. a. größere Summen als Nachzahlungen. Alle in dem Prozeß Verwickelten waren gute und alte Parteigenossen und vor dem Verhandlungssaal wimmelte es von Hakenkreuzen. Für diese Geldleistungen bauten die Herren Baumeister dem Linke in der Dresdner Umgebung eine Villa.

Auffallend war für alle Prozeßbesucher, daß bei wesentlichen Angaben des Linke die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, weil Zörner durch diese Aussagen schwer belastet werden mußte. Dr. Zörner hat nach seinem Dienstantritt als Oberbürgermeister großspurig erklärt: »Niemals können bei uns derartige Korruptionen vorkommen wie bei unseren Vorgängern, denn bei uns weiß ich als Oberbürgermeister auch von der kleinsten Zahlung.« Als die Einwohner Dresdens ganz offen von der korrupten Rolle Zörners sprachen, ließ der Vorsitzende des Prozesses in der Presse erklären, daß er gegen derartige Gerüchtemacher ganz energisch vorgehen lassen werde. Aber man wußte auch schon, daß Oberbürgermeister Zörner beurlaubt war.

Noch besser weiß man, daß zwischen den beiden alten Kämpfern Mutschmann und Zörner große Differenzen bestanden. Die Rivalität ist eine rein persönliche finanzielle Angelegenheit dieser beiden. Mutschmann als Statthalter ist an der Zeitung »Freiheitskampf« beteiligt, Zörner bezog von der Dr. Güntz-Stiftung am »Dresdner Anzeiger« Tantiemen. Im Frühjahr 1936 wurde die Auflage des »Freiheitskampfes« besonders auffallend geringer. Mutschmann war schon immer bestrebt, den »Freiheitskampf« als alleiniges Amtsblatt in Sachsen zu führen. Der Zeitungskampf wurde damals zwischen beiden sehr scharf geführt und endete damit, daß der sonst früh und abends erscheinende »Dresdner Anzeiger« nur noch abends erscheinen durfte, dafür aber der »Freiheitskampf« als einziges größtes Morgenblatt Sachsens angepriesen wurde. Aber auch dieses Experiment schlug nicht ein. Der Linke-Prozeß war für Mutschmann als Statthalter der gegebene Moment, um Zörner auszubooten, wie er seinerzeit den sehr gut bekannten Landtagsabgeordneten Kuno Mayer erledigt hat. Kuno Mayer erhielt wegen Korruptionsdelikten sechs Jahre Zuchthaus. Alle Parteianhänger glaubten damals und glauben heute noch, daß Kuno Mayer nur nach Berlin versetzt sei. In Wahrheit sitzt er im Zuchthaus Waldheim.

Der Linke-Prozeß trug nicht zur restlosen Klärung bei, wenigstens nicht vor der Öffentlichkeit, aber er nahm noch für die Beobachter einen heiteren Ausklang. Der Staatsanwalt (mit dem Hakenkreuz) beantragte für Linke mit dem Hakenkreuz drei Jahre Gefängnis. Der Verteidiger mit dem Hakenkreuz verlangte Freispruch, der Vorsitzende mit dem Hakenkreuz fällt ein salomonisches Urteil, er teilte die drei Jahre und gab dem Pg. Linke anderthalb Jahre.

Im Zusammenhang mit dem Linke-Prozeß hat sich der Direktor Schumann vom Dresdner Verkehrsverein erschossen.

In Dresden finden in der Woche zwei bis drei Korruptionsprozesse statt — es stinkt in der ganzen Naziverwaltung.

Man wartet . . .

»Gesinnung und Gesundheit müssen sich bei der neuen Jugend von selbst verstehen. Immer mehr wird man, da alle Jugend in Deutschland von der Bewegung erfaßt ist, unter der Uniform nach der besonderen Begabung fahnden müssen.

Man wird solchen Begabungen auch Zeit lassen müssen. Zeit für sich selber, für die eigene Veranlagung, und nicht so sehr nach der Marschleistung oder der bloß körperlichen Einsatzfreude bewerten dürfen. Denn überall wartet man heute auf Menschen mit überdurchschnittlichen Veranlagungen und den Eigenschaften, die aus dem geistigen Erbgut unseres Volkes wachsen.«

»Niedersachsen-Stürmer«, Harburg-Wilhelmsburg.

Sozialistische Arbeiterinternationale und Komintern

Nach dem Bombardement von Almeria durch deutsche Kriegsschiffe haben die Sozialistische Partei Spaniens, die spanische Kommunistische Partei und der spanische Gewerkschaftsbund (UGT) ein gemeinsames Telegramm an die internationalen Arbeiterorganisationen gerichtet, in dem diese zu entschiedenem gemeinsamen Vorgehen im Kampfe gegen die faschistische Intervention in Spanien aufgefordert wurden.

Noch ehe diese Aufforderung bei der SAI eingetroffen war, hatte diese ihrerseits durch ein Telegramm an die spanische Sozialistische Partei ihrem Abscheu gegen die verübte Gewalttat und ihrer Entschlossenheit Ausdruck gegeben, alles, was in ihren Kräfte steht, zu tun, um den Protest gegen die faschistische Barbarei in eine entschiedene Aktion umzuwandeln.

Andererseits hat die Kommunistische Internationale auf Grund der Aufforderung der drei spanischen Organisationen, die auch ihr zugegangen war, an den Vorsitzenden der SAI, Louis de Brouckère, den Vorschlag gerichtet, einen Ausschuß zur Fühlungnahme aus Vertretern der SAI, der Kommunistischen Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes einzusetzen. Diesen Vorschlag hat der Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Dimitroff, auch in seiner Antwort an die drei spanischen Organisationen diesen zur Kenntnis gebracht.

Genosse de Brouckère hat darauf mit folgendem Telegramm an Dimitroff geantwortet:

Habe den gleichen Appell aus Valencia erhalten. Sind uns völlig der Notwendigkeit einer tatkräftigen Aktion bewußt und mehr als je entschlossen, sie zu führen. Haben diese Absicht unseren spanischen Freunden mitgeteilt, noch ehe wir ihre Botschaft erhalten hatten. Unsere Internationale wird unter ihrer Verantwortlichkeit ihre Pflicht im vollen Umfang erfüllen. Weder ihr Präsident noch ihr Sekretär besitzen, wie Sie wissen, die notwendigen Vollmachten, um in ihrem Namen dem von Ihnen vorgeschlagenen Komitee beizutreten. De Brouckère.

An dieses Telegramm schloß sich ein längeres Telegramm von Dimitroff an, in dem er heftige Vorwürfe gegen die SAI erhebt, die angeblich ihre Pflicht gegenüber Spanien nicht im vollen Umfang erfüllt habe, da sie die Aktionseinheit ablehne. Am Schluß dieses Telegramms erklärte Dimitroff, daß es der Komintern nicht auf die Form, sondern auf die Sache selber ankomme. Gestützt auf diese Erklärung, erklärte sich de Brouckère zu informativischen Besprechungen bereit. Er telegraphierte am 10. Juni:

Sind gleichfalls der Ansicht, daß nur die Sache selbst wichtig ist. Die Sache selbst, das ist die übereinstimmende Aktion zugunsten Spaniens. Wir sind stets bereit, mit Ihren Vertretern zu Informationszwecken zusammenzutreffen und unsere Ansichten über die beste Art der Durchführung dieser Aktion auszutauschen: gemeinsam dort, wo es möglich ist, überall ohne unnötige Reibungen. Wir können mit Ihren Vertretern an einem Ort Ihrer Wahl in oder bei Genf zusammenkommen. Bitte verständigen Sie uns 48 Stunden vorher. Werden dann Zeitpunkt ausmachen. De Brouckère.

Auf Grund dieses Telegramms wurden nun informative Besprechungen zwischen Vertretern der SAI und der Komintern vereinbart, die am 21. Juni in Annemasse abgehalten wurden.

Inzwischen traten am 16. und 17. Juni Vertreter der SAI und des IGB in Genf zusammen. Sie beschlossen eine Resolution über den Zusammenbruch der Nichtinterventionspolitik, die den Wünschen der spanischen Genossen entsprach.

Ueber die vereinbarte Zusammenkunft von Annemasse wurden aus Moskau Pressemitteilungen veröffentlicht, die den Charakter dieser Zusammenkunft in falschem Lichte zeigten. Diese Pressemitteilungen riefen bei der niederländischen SDAP. Bedenken hervor, sie machte darauf aufmerksam, daß große Teile der SAI eine Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnen. In diesem Zusammenhang gaben die Genossen Brouckère, Adler und Roosbroeck ihre Demission.

Am 21. Juni fanden die Besprechungen in Annemasse statt. Darüber wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

Der Vorsitzende und der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Louis de Brouckère und Friedrich Adler, und die Delegation der Kommunistischen Internationale, bestehend aus den Genossen Marcel Cachin, Checa, Dahlem und Bonte, sind in Annemasse am 21. Juni um 20 Uhr zusammengetreten.

Sie haben nochmals, wie vereinbart, ihre Ansichten darüber ausgetauscht, wie die Aktion zugunsten Spaniens am besten zu führen ist, und zwar gemeinsam dort, wo es möglich ist, jedenfalls aber ohne überflüssige Reibungen.

Diese Bemühung erscheint notwendiger als je nach dem Appell der spanischen Arbeiterorganisationen, die mit so bewundernswertem Mut ihren Kampf gegen die Koalition aller Faschismen führen, und mit ihrer Freiheit zugleich die Freiheit und den Frieden Europas und der Welt verteidigen.

Dieser Meinungsaustausch hat gezeigt, daß die beiden Internationales bezüglich Spaniens eine gleichgerichtete Politik verfolgt haben, daß sie beide die Aufhebung der Blockade, die Wiederherstellung des verletzten internationalen Rechts und die Anwendung des Völkerbündnisses fordern. Übereinstimmung bestand in dem Wunsch, daß binnen kurzem neue Fühlungen zur eingehenderen Prüfung der in Aussicht genommenen konkreten Mittel der materiellen Hilfeleistung für Spanien stattfinden.

Die Exekutive der SAI trat am 25. und 26. Juni in Paris zusammen. Sie beschäftigte sich vor allem mit dem Demissions schreiben des Präsidenten, des Sekretärs und des Kassiers der SAI, Louis de Brouckère, Friedrich Adler und Joseph van Roosbroeck.

Nach einer ausführlichen Diskussion, in deren Verlauf die Probleme der Aktion der Internationale in ihrem ganzen Umfang untersucht wurden und nachdem die Vertreter aller Parteien den leitenden Funktionären der SAI neuerdings ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen hatten, wurde folgende, von den Parteien Spaniens, Frankreichs, der skandinavischen Länder und Hollands vorgeschlagene Resolution einstimmig, unter begeistertem Beifall angenommen:

Die am 25. Juni 1937 tagende Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist überzeugt, daß sie den Rücktritt ihres Präsidenten Louis de Brouckère, ihres Sekretärs Friedrich Adler und ihres Kassiers Joseph van Roosbroeck nicht annehmen kann, ohne der Aktion der Internationale selbst Abbruch zu tun.

Die Exekutive will mit dieser Entscheidung nicht allein ihre vollste Wertschätzung und ihr Vertrauen zu diesen drei Genossen ausdrücken, sondern außerdem die Gewißheit, daß sie, besser als jeder andere, fortfahren werden, in den Beziehungen zu allen außenstehenden Organisationen von den Vollmachten in dem von der SAI festgelegten Sinne Gebrauch zu machen und damit dem dauernden Interesse der Einheit der Arbeiter-Internationale selbst und ihrer aktiven Propaganda zu dienen.

Auf diese Weise werden in dem kritischen Augenblick, in dem sich heute alle Gegner der faschistischen Vorstöße befinden, der SAI die besten Mittel gewahrt werden, für die Verteidigung der Demokratie und des Friedens zu wirken.

Am 26. Juni hat der Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Dimitroff, ein Telegramm an den französischen Kommunisten Maurice Thorez gerichtet, in dem er ihn aufforderte, den Vertretern der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes neue Vorschläge betreffend gemeinsamer Aktionen mit der Kommunistischen Internationale zu übermitteln. Dieses Telegramm Dimitroffs an Thorez ist in der Pariser »Humanité« vom 27. Juni veröffentlicht, aus der de Brouckère und Adler zunächst von diesen neuen Vorschlägen Kenntnis erhielten. Diese Vorschläge trafen am Tage nach dem Abschluß der Sitzung der Exekutive der SAI ein und bildeten somit auch nicht den Gegenstand ihrer Beratungen. Der Vorsitzende der SAI, de Brouckère, hat jedoch sogleich eine ausführliche Antwort an Maurice Thorez gerichtet.

Dimitroff formuliert seine neuen Vor-

schläge in drei Punkte. Er verlangt, daß sich die internationalen Arbeiterorganisationen zur Unterstützung der Forderungen für die spanische Republik gemeinsam wenden 1. an die Parlamente und Regierungen der nichtfaschistischen Staaten, 2. an den Völkerbund, 3. an die Arbeiterklasse aller Länder und an die Weltöffentlichkeit.

Die Antwort de Brouckères an Thorez vom 27. Juni hat folgenden Wortlaut:

»Werter Genosse!

Sie waren so freundlich, mir das Original eines Presstelegramms zu übermitteln, daß die Korrespondenz »Inprekor« an die »Humanité« gerichtet hat, und daß dieses Blatt heute morgens veröffentlicht. Ich ersehe daraus, daß Sie von Dimitroff beauftragt worden sind, diesen Text den Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu übermitteln. Ich bin selbstverständlich nicht befugt, im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu antworten. Aber ich beileibe mich, Ihnen meinen Eindruck als Präsident der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, und zwar im Einvernehmen mit dem Generalsekretär, Genossen Adler, mitzuteilen.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß unsere Internationale mit aller Klarheit zu den drei Punkten Stellung genommen hat, die in Ihrem Telegramm angeführt sind. Sie hat die sofortige Zurückziehung der faschistischen Truppen gefordert, die in Spanien eingedrungen sind. Sie hat die Anwendung des Völkerbündnisses und die Rückkehr zum Völkerrecht verlangt. Sie hat überall die geeignete Propaganda ins Werk gesetzt, um die öffentliche Meinung zugunsten einer internationalen Politik zu mobilisieren, deren wesentliche Elemente die beiden eben erwähnten Forderungen bilden. Endlich hat sie vergangenen Donnerstag gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund die zu dieser Frage von den Sozialisten und Gewerkschaftlern Spaniens formulierten Wünsche auf das Entschiedenste bejaht und alle ihr angeschlossenen Organisationen sowie alle ihnen angehörigen Mitglieder aufgefordert, die Gesamtheit ihrer Kräfte und ihrer Aktionsmittel in den Dienst dieser Politik zu stellen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat daher bezüglich der in dem Telegramm geforderten Punkte alles Wesentliche getan, aber unter ihrer eigenen Verantwortung. Sie wird diese ihre Bemühung fortsetzen und auf das Höchstmaß steigern. Wir freuen uns feststellen zu können, daß in allen erwähnten Punkten die Aktion der Kommunistischen Internationale mit der unseren so völlig gleichgerichtet ist.

In Annemasse haben Adler und ich eine Auffassung vertreten, der wir treu bleiben wollen: die Auffassung einer Aktion zugunsten Spaniens, gemeinsam dort, wo es möglich ist, auf jeden Fall ohne unnötige Reibungen. Diese Auffassung schien vorbeißungsvoll und man hatte sich darüber geeinigt, daß ihre Möglichkeiten untersucht werden sollten. Noch bevor diese heikle Arbeit, die Geduld und Ausdauer erfordert, begonnen worden ist, schlägt das Telegramm Dimitroffs vor, an ihre Stelle eine andere, völlig verschiedene zu setzen: die Methode der gemeinsamen Manifeste, die offenbar alle unsere Parteien verpflichten sollten. Adler und ich haben bereits wiederholt den Vertretern der Kommunistischen Internationale auseinandergesetzt, warum wir diese Methode nicht annehmen können.

Wir sind durchaus bereit, im geeigneten Zeitpunkt, der gemeinsam zu bestimmen sein wird, das Werk von Annemasse fortzusetzen — aber auf dem Boden von Annemasse.

Sie werden verstehen, daß es für uns wichtig ist, zu wissen, ob die Übereinstimmung zwischen den Vertretern Ihrer Internationale und uns weiterhin besteht, um uns danach zu richten.

Mit besten Grüßen

Louis de Brouckère

Die Beschlüsse von SAI und IGB, zur spanischen Frage teilen wir an anderen Stelle mit,

Geheimprozeß gegen die bündische Jugend Schwere Zuchthausstrafen!

Am Montag dem 14. Juni begann in Essen vor dem Volksgerichtshof unter dem Vorsitz der Präsidenten Hartmann sowie Dr. Foelkner der Prozeß gegen die Führer des Jungnationalen Bundes. Der Prozeß fand hinter verschlossenen Türen statt, Angeklagt waren Hans Böckling, Krefeld, Fritz Bordy, Willi Frank, Krefeld, Reinhold Giersch, Münster i. W., Karl Hackenbreich, Hannover, Karl Lankers, Krefeld, Richard Meincke, Hannover, Hermann Montanus, Essen-Ruhr, Karl Röder, Düsseldorf, Karl Wegerhoff, Krefeld, und der niederländische Reserveleutnant Flieger D. H. Aalders, Amstërdam. Es wurden verurteilt:

Hans Böckling, Krefeld, 12 Jahre Zuchthaus;

D. H. Aalders, 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus; die Untersuchungshaft wurde angerechnet und er wird freigelassen;

Dr. Karl Wegerhoff ist noch vor Urteilsverkündung gestorben.

Alle übrigen Angeklagten wurden zu 1 bis 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Alle Angeklagten, außer Aalders, gehörten dem Jungnationalen Bunde an. Jahrelang waren sie in diesem Bund sogar führend tätig. Fritz Bordy, Gelsenkirchen-Horst, war Gauführer. Giersch war zuletzt Sturm- bannführer im Sicherheitsdienst der SS und Personalreferent der Gestapo Westfalen-Münster, seit 1927 Mitglied des Jungnationalen Bundes. Hans Böckling hat jahrelang eine führende Rolle in der Bündisch-

nationalen Jugend gespielt. Früher war er einer der Gauleiter von den »Adler und Falken«. Später, 1926, trat Hans Böckling in die JNB und versah eine führende Stelle in Krefeld. Dr. Wegerhoff ist ebenfalls eines der ältesten Mitglieder des Bundes. So könnte man alle Angeklagten nennen. Sie waren alle jahrelang in einer nationalen Organisation. Das schließt heute nicht aus, daß die Gestapo und das nationalsozialistische Gericht behaupten, die Angeklagten haben Beziehung zur Komintern gehabt, sie haben eine rote Propaganda unter der deutschen Jugend betrieben. Die Verhandlung sollte hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die englischen Jugendorganisationen hatten ihren Vertreter, Carrit, zu diesem Prozeß geschickt, um Aufklärung zu bekommen. Carrit war gleich am ersten Verhandlungstage anwesend. Er berichtet im »Manchester Guardian« vom 22. Juni 1937 folgendes:

»Am 14. Juni begab ich mich in das Essener Gerichtsgebäude, dort merkte ich, außen an dem Zimmer 203 ein Schild mit der Inschrift: »Volksgerichtshof«, »Oeffentlichkeit ausgeschlossen«. Zahlreiche gelangstigte Frauen und Männer kamen und gingen. Ich vermutete, daß sie Verwandte und Freunde der Angeklagten waren. Sie weigerten sich, mit mir zu sprechen. Und als ich plötzlich von einem alten Mann angesprochen wurde, fand ich mich selbst nicht geneigt, anzugeben, warum ich hier war und was sich im Gerichtssaal ereignete. — In der Mittagszeit, als die Gerichtsverhandlung unterbrochen wurde, arrangierte ich eine Unterhaltung mit Dr. Lentz, dem Naziadvokaten, der von Aalders Freunden beauftragt worden ist, ihn zu verteidigen. Ich bat Dr. Lentz, mir eine Unterredung mit dem Gerichtspräsidenten zu erwirken. Er riet mir, wieder zu kommen, wenn sich das Gericht wieder versammelt. Um 2 Uhr stand ich an der Tür, als die Richter eintraten. Sobald sie sich setzten, näherte sich Lentz dem Präsidenten Hartmann, meine Bitte vorzubringen. Während dessen diskutierten zwei Polizisten hinter mir, welche Formulierung richtiger sei: »Das Gericht tritt zusammen oder »Aufstehen — Heil Hitler!« Ich nahm diese Gelegenheit wahr, um in das Innere des Raumes vorzudringen und mich an den Präsidenten zu wenden. — Die eintretende Überraschung und Verlegenheit gaben mir die Möglichkeit, den Protest der »British Youth Peace Assembly« zu übermitteln. Ich bin hier, sagte ich, als der Repräsentant der britischen Jugendbewegung. Wir sind stark an diesem Prozeß und den geheimen Anklagen, die man gegen die Angeklagten erhebt, interessiert. Die Angeklagten gehören einer Organisation an, die für den Geist der Kameradschaft und Loyalität in der deutschen Jugend und in der Jugend der Welt eintreten. Die Presse meines Landes hat diesem Prozeß große Publizität geschenkt. Besonders auch den Umständen, unter denen diese jungen Männer vor mehr als zwei Jahren verhaftet wurden, ohne den Charakter der Anklage zu kennen, die man gegen sie erhebt.

Der Präsident befahl mir, den Raum zu verlassen, aber bevor ich dem Befehl nachkam, hatte ich Zeit, mich an die Angeklagten zu wenden. Diese 11 jungen Männer trugen in ausgehöhlten Gesichtern die Zeichen einer zweijährigen Behandlung der Gestapo. Sie verstanden wenigstens, daß sie nicht isoliert und vergessen waren, sondern daß die Jugendbewegung in England den Prozeß verfolgt und alles für ihre Rettung unternimmt.

Hans Böckling hat im Laufe der Voruntersuchung zweimal Selbstmordversuche unternommen. Dr. Wegerhoff wurde so geprügelt, daß er im Gefängnislazarett untergebracht werden mußte. Den holländischen Offizier Aalders hat man so ausgepeitscht, daß die Kleider zerfetzt waren. Deshalb mußte auch die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden.

Eine furchtbare Tragödie

Die »Preußische Zeitung« (Königsberg) läßt sich unterm 3. Juni 1937 aus Kapstadt melden:

»Zu wech furchtbaren Tragödien die Nichtachtung des Rassegedankens zu führen vermag, ergibt sich aus den Verhandlungen des Kapstädter Parlaments über die Adopierung weißer Kinder durch Farbige. Die Möglichkeit farbiger Elemente, weiße Kinder zu adoptieren, sei zurückzuführen auf die Bestrebungen, die Farbigenschranke zu durchbrechen, um über das Adoptivkind so nah wie möglich eine Angleichung an das weiße Bevölkerungselement zu erreichen.«

Die Adoption weißer Kinder durch Farbige ist eine furchtbare Tragödie. Die Abkommandierung Farbiger zur Erschießung weißer Kinder ist eine erhebende nationale Tat des General Franco, und die deutsche Regierung rechnet es sich zur Ehre an, ihre weißen Untertanen Seite an Seite mit den Farbigen in den Helldentot zu jagen.

DACHAU

Wir setzen unsere Veröffentlichungen über das Lager Dachau aus den Deutschland-Berichten des Sozialdemokratischen Parteivorstandes fort. (Siehe Nr. 211 des »N. V.«)

VI. Das Leben im Lager

Das Essen ist in Dachau heute schlechter als in der Anfangszeit. Als Mittagessen gibt es am Montag, Mittwoch und Samstag Kraut und Kartoffeln. Sonst gibt es fast immer Rollgerste und Kutteln. Fleisch, ein kleines Fetzen, gibt es nur am Sonntag. Die Gefangenen haben bei der schweren Arbeit immer Hunger. Am Abend gibt es Heublumentee, Käse oder ein kleines Ringlein Wurst; Dienstags und Donnerstags Krautsuppe. Frühmorgens gibt es gebrannten Rübenkaffee und alle drei Tage ein Kommißbrot von 1½ kg.

Ein Abend:

Wenn normaler Arbeitsschluß ist, kommen die Gefangenen um ½6 Uhr in die Baracken. Das Abendessen dauert bis 6 Uhr, der Postempfang von 6 bis 7 Uhr. Um 7 Uhr ist Zählappell. Von ½8 Uhr bis 8 Uhr ist freie Bewegung, von 8 bis 9 Uhr kann man in den Baracken auf sein. Um 9 Uhr wird das Licht ausgedreht und es muß Ruhe herrschen. An vielen Tagen jedoch kommen die Gefangenen erst um 7 oder 8 Uhr von der Arbeit, dann fallen sie todmüde in ihre Lagerstätten.

Bei der Krankmeldung

zeigt sich besonders, wie barbarisch die Schutzhäftlinge behandelt werden. Wer sich vom Sanitäter nicht mehr pflegen lassen kann, weil seine Erkrankung die Beratung eines Arztes erfordert, der hat einen schwierigen Weg vor sich. Will er sich zum Arzt melden, so muß er sich am Abend zum Kompagnieschreiber begeben. Dieser gibt ihm einen Zettel, mit dem er am anderen Tage zum Kompagnieführer zum Rapport gehen kann. Dieser siebt zum ersten Male. Er befragt den Gefangenen, und wenn er ihm nicht krank genug erscheint, so schickt er ihn einfach wieder zurück. Läßt er ihn passieren, so kann der Kranke zum Lagerführer ins Büro gehen. Der fragt ihn noch einmal aus und erst, wenn auch er den Mann für krank genug befunden hat, schickt er ihn zum Arzt. Wenn der Befund des Arztes ergibt, daß der Häftling »übertrieben« hat, so wird er zum Strafoxerzieren verurteilt.

Nachfolgend zwei Fälle, die zeigen mögen, wie diese dienstlichen Vorschriften durch die Lagerleitung gehandhabt werden. Ein Arbeiter will zum Arzt, weil er am linken Fuß einen Furunkel hat. Er kommt bis zum Standartenführer. Dort entwickelt sich folgendes Gespräch: »Herr Lagerführer, ich bitte Sie, mir zu genehmigen, mich beim Arzt melden zu dürfen.« Lagerführer: »Was fehlt Ihnen?« Der Häftling entfernt seinen Strumpf und zeigt den Furunkel. Darauf der Lagerführer: »Sie können nicht stehen? Sie haben doch zwei Beine, so stellen Sie sich eben einmal etwas auf das andere. Gehen Sie nur ruhig wieder zu Ihrer Arbeit. So empfindlich darf man nicht gleich sein.«

Ein Arbeiter hat Panaritium am linken Mittelfinger. Er ließ sich vom Sanitäter verbinden und wollte zum Arzt, weil er es vor Schmerzen nicht mehr aushalten konnte. Der Lagerführer erklärte ihm: »Der Mensch hat ja 10 Finger, wenn Sie mit neun richtig arbeiten, genügt es schon.«

Die Geselligkeit und der Sport.

Im Jahre 1935 und noch in den ersten Monaten 1936 wurden verschiedentlich bunte Abende unter ausschließlicher Mitwirkung der Gefangenen für die Gefangenen veranstaltet. Von diesen bescheidenen Stunden der Geselligkeit ging eine große Freude aus. Man fing an, eigene Ideen zu entwickeln, jeder suchte nach Möglichkeiten, wie er zur besseren Ausgestaltung des Abends beitragen könnte. Da trat der Lagerführer Weißenborn sein Amt an und alles wurde eingestellt, denn seiner Ansicht nach ist Dachau »keine Theatergesellschaft«. Seither gibt es keine bunten Abende mehr und keine Lieder werden mehr zur Harmonika gesungen. Unter der

Leitung des Oberführers Deubel wurde den Gefangenen gestattet, Fußball zu spielen. An Sonntagen bildeten sich Fußballmannschaften, die unter der begeisterten Anteilnahme der Lagerhäftlinge ihre Spiele austrugen. Da wurde eines Tages verlangt, daß Gefangene sich zur Erwerbung des Reichssportabzeichens melden sollten. Es meldete sich aber niemand. Auf Befragung erklärten die Gefangenen, daß sie infolge der geringen Ernährung die Kräfte nicht aufbrächten, die zu solchen sportlichen Leistungen nötig seien. Das wurde zum Anlaß genommen, auch das Fußballspielen zu verbieten, denn »wenn die Leute zu schwach sind, sportliche Leistungen zu vollbringen, so können sie auch nicht Fußball spielen«. Alle diese Verschärfungen sind seit Frühjahr 1936 eingeführt worden.

habe kein Geld. Es wurde ein anderer geholt, der Geld hatte, um sich Wurst zu kaufen und der wurde mit der Katze aufgenommen.

Besuche.

Wenn Besuche von höheren Persönlichkeiten oder von Ausländern in das Lager kommen, so müssen die Leute antreten, die man vorher dazu ausgesucht hat. In erster Linie sind das häßlich aussehende Juden und Verbrecher, die sich in Sicherheitsverwahrung befinden und unter denen solche sind, die 50 und 70 Vorstrafen haben. Die Antworten, die von diesen Gefangenen auf die Fragen des Lagerführers gegeben werden, sind natürlich für die Besucher recht abschreckend. Wenn da z. B. ein Mann, der befragt wird, warum er in Dachau ist, antwortet: »Ich bin ein Trinker und habe seit zwei Jahren

Dieser Mann erklärte immer, daß er nie heimgehen wolle, weil ihn daheim seine Frau schlug. Ihm gefalle es so gut, daß er immer dableiben wolle. Man konnte dem Türriegel keinen größeren Schreck einjagen, als wenn man sagte, daß er Dachau verlassen müsse. Kam Besuch, so mußte Türriegel vor und sein Sprüchlein herunterleiern, damit die Gäste den Beweis hatten, daß die Gefangenen überhaupt nicht mehr aus Dachau herauswollen. Türriegel wurde gut behandelt, denn man fand im ganzen Lager keinen zweiten mehr, der sich mit ehrlicher Ueberzeugung gleich lobend über Dachau aussprach.

Die Stimmung unter den Gefangenen.

Die Stimmung ist natürlich je nach Veranlagung des einzelnen Gefangenen sehr verschieden, doch ist allen gemeinsam ein starkes Gefühl der Bedrückung. Für jeden Häftling ist ein Gedanke besonders deprimierend: daß er nicht weiß, wie lange er in Haft behalten wird. Es läßt sich auch keine Norm erkennen, nach der die Entlassungen erfolgen. Es sind heute Menschen in Dachau, die vor Gericht freigesprochen wurden, die keinerlei Stellung in irgend einer politischen Partei bekleideten, ja die früher nicht einmal Mitglied einer Partei waren und die nun schon seit vier Jahren festgehalten werden. So trägt jeder einzelne immer die Hoffnung mit sich, daß beim Entlassungsappell eines Tages sein Name genannt wird.

Eine Aenderung der bestehenden Zustände erwarten 90 Prozent der Gefangenen nur durch einen Krieg. Aber dabei sind sie sich klar darüber, daß das für sie nicht die Freiheit bedeuten würde. Im Lager ist bekannt und alle rechnen bestimmt damit, daß sie im Falle eines Krieges noch grausamer behandelt werden.

Die Solidarität unter den Gefangenen, die ja aus sehr verschiedenen Elementen bestehen, läßt sehr zu wünschen übrig. Man muß sich vor Denunzianten hüten, denn es kommen immer wieder Verrätereien vor. Die meisten Politischen haben sich zu kleinen Gruppen zusammengefunden, die sich von dem Gros der übrigen Gefangenen unterscheiden. Es gibt aber auch Politische, an deren fester Gesinnung kein Zweifel besteht und die vollständig allein bleiben und nie ein Wort über politische Dinge sprechen. In den politischen Zirkeln entwickeln sich Freundschaften in edelsten Formen.

Das Verhältnis zwischen ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten hat sich vollständig ausgeglichen. Ein hervorragender Kommunist, der früher ein starker Hasser der Sozialdemokraten war, hat heute folgenden Standpunkt: Fehler haben wir alle gemacht. Es ist sinnlos, immer bloß darüber zu reden. Wir müssen schauen, daß wir in der Zukunft diese Fehler nicht noch einmal machen. Einige Sozialdemokraten, darunter auch bekannte Persönlichkeiten, haben sich höchste Achtung bei den Gefangenen erworben. Ob ehemaliger Kommunist oder Sozialdemokrat, zu diesen Genossen blickt man auf, denn man würdigt in ihnen den Wert ihrer Persönlichkeit.

Interessant war zu beobachten, wie der Ausbruch des spanischen Kampfes auf die politischen Gefangenen wirkte. Als die deutschen Zeitungen über die Kämpfe berichteten, waren alle Politischen, aber auch viele Unpolitische in großer Aufregung. Spanien wurde auf einmal zum Mittelpunkt aller Gespräche. Als die Kämpfe länger andauerten, verflieg zwar das Interesse bei den Unpolitischen, in den politischen Zirkeln aber wurden die Diskussionen heftig fortgesetzt. Als Madrid, obgleich die deutschen Zeitungen den baldigen Einmarsch Francos angekündigt hatten, sich heldenhaft behaupteten, waren sich alle darüber klar, daß der Faschismus einen hartnäckigen Gegner gefunden habe. Nun erlosch das Interesse nicht mehr. Spanien interessierte mehr als Deutschland. Die meisten hatten wenig von Spanien gewußt, nun war Spanien zum Inbegriff ihrer Sehnsucht geworden. Von den internationalen Brigaden lasen sie in den deutschen Zeitungen mit Staunen. Nach Spanien! Wenn man nach Spanien



Das Gesicht des politischen Verbrechers. Zum Schutze der Volksgemeinschaft hat der deutsche Staat Typen dieser Gattung für immer von der Gemeinschaft mit den übrigen Volksgenossen ausgeschlossen.

Lügnische Berichte über Dachau.

Im »Illustrierten Beobachter« vom 3. Dezember 1936 wurde ein Bildbericht über das Konzentrationslager Dachau gebracht. Auf Seite 2017 in der rechten oberen Ecke wird das Gesicht eines »politischen Verbrechers« gezeigt. Der Mann hat eine eingedrückte Nase. Unter dem Bild steht: »Zum Schutze der Volksgemeinschaft hat der deutsche Staat Typen dieser Gattung für immer von der Gemeinschaft mit den übrigen Volksgenossen ausgeschlossen«. Wie wir feststellen konnten, handelt es sich in diesem Falle um den Schutzhäftling Bartel Fischer. Dieser Fischer war leidenschaftlicher Nationalsozialist und alter Kämpfer. Seine Eltern sind begeisterte Nationalsozialisten. Sie haben ein großes Lebensmittelgeschäft und beliefern eine SS-Kaserne. Sein Bruder bekleidet eine Funktionärstelle bei der NSDAP. Er selbst vermeidet jedes Gespräch darüber, warum er in Dachau ist. Er war früher bei vielen Aktionen gegen die Marxisten beteiligt. (Siehe Bild.)

Als diese Bilder in Dachau für den »Völkischen Beobachter« aufgenommen wurden, suchte man lange unter den Gefangenen herum, bis man die richtigen Köpfe fand. Dabei wurden Berufsverbrecher mit 30 Vorstrafen als politische Verbrecher ausgegeben.

Wie man die Bilder stellte, dafür nur ein Beispiel: Ein Häftling saß auf einer Bank in der Sonne. Die Kantinenkatze war in der Nähe. Die Photographen, die des Weges kamen, forderten den Mann auf, die Katze auf den Schoß zu nehmen und mit ihr zu spielen. Die Katze wollte jedoch nicht bleiben. Nun erhielt der Gefangene Befehl, sich in der Kantine ein Stück Wurst zu kaufen, um damit die Katze zu locken. Der Häftling sagte, er

meine Frau und meine vier Kinder in größter Not gelassen, ich bin 12mal wegen Diebstahls vorbestraft, so muß der Besucher einen schlechten Eindruck bekommen. Die politischen Gefangenen führt man nie vor, und müssen sie einmal in Reih und Glied antreten, so fragt sie niemand nach ihrer Meinung und selbst wenn sie gefragt würden, könnten sie nicht die Wahrheit sagen.

Es ereignete sich einmal folgender Vorfall: Im Lager befand sich ein Mann, der angeblich wegen illegaler Arbeit festgenommen wurde. Er selbst behauptete, daß er nie etwas damit zu tun gehabt habe und erklärte das auch noch nach einem Jahre allen Gefangenen und seinen intimsten Freunden. Diese glaubten es auch, da er ein vollständig unpolitischer Mensch war. Fragte ihn jemand: »Warum bist Du in Dachau?«, so gab er zur Antwort: »Ich weiß es nicht«. Als anlässlich der antibolschewistischen Ausstellung in München ein Besuch italienischer Faschisten im Lager stattfand, fragte der Lagerführer zufällig auch diesen Mann, warum er in Dachau sei. Der antwortete prompt: »Ich weiß es nicht«. Nach dem Besuch wurde er zu zweistündigem Strafoxerzieren verurteilt. Dann wurde er wieder gefragt und gab wieder die Antwort: »Ich weiß es nicht«. Darauf hat man ihn zu 6 Wochen Bunker und 100 Peitschenhieben verurteilt. Als er den Bunker verließ, fragte ihn der Lagerleiter noch einmal: »Wissen Sie jetzt endlich, warum Sie in Dachau sind?« Der Mann antwortete nichts mehr.

Eine besondere Attraktion bei Besuchen war der Häftling Türriegel, ein Maurer, der einmal vom Gerüst gefallen war und dadurch an seinem Verstande gelitten hat. Er war das Vergnügungsobjekt der Wache, die mit ihm ihre Witze machte.

könnte! Einmal diesem Faschismus gegenüberstehen, einmal gegen ihn kämpfen können, einmal als freier Mann die Hand gegen ihn erheben! Die Zirkel schlossen sich noch enger zusammen und jeder, der etwas von Spanien zu erzählen wußte, war ein großer Mann. Alle Bücher, die in der Bibliothek über Spanien zu finden waren, waren plötzlich weg. Und jeder, der ein solches Buch, sei es nun eine Reisebeschreibung oder ein Sprachlehrbuch, im Besitz hatte, hatte einen Kreis von 3 bis 4 Kameraden um sich, die auch in dem Buche lesen wollten und denen er erzählen mußte, was er gelesen hatte. Es gab 6 Bücher über Spanien und diese wanderten von Mann zu Mann. Auszüge aus spanischen Sprachlehrbüchern wurden gemacht, damit auch andere lernen könnten. Der »Völkische Beobachter« und das »Schwarze Korps« werden eifrigst nach Meldungen über Spanien durchgesehen und dann versucht man zu deuten und zwischen den Zeilen zu lesen. Bei allen ist eine Sehnsucht und ein Wunsch: einmal für 8 Tage ins Ausland kommen, um zu wissen, was wirklich los ist in der Welt.

Amnestiegerichte schwirren ständig umher, aber fast alle müssen ohne Hoffnung begraben werden. »Im Falle eines Krieges werden wir alle erschossen«, das ist die Auffassung vieler. Man weiß nie, was der neue Tag bringt, immer lauert die Gefahr, daß aus irgendwelchen Gründen Repressalien ausgeübt werden. Die Gefangenen haben das Gefühl, Geiseln zu sein in den Händen von Gewaltmenschen.

Vom 26. Juni bis 26. September 1936 war im Lager eine Entlassungssperre verhängt, weil angeblich Entlassene wieder illegal gegen das Dritte Reich gearbeitet haben. Diese Mitteilung wirkte verschieden auf die Gefangenen. Die Unpolitischen fielen über die Politischen her und machten ihnen heftige Vorwürfe, aber auch unter den Politischen gab es Verbitterung gegen die entlassenen Kameraden. Nur wenige hielten an ihrer kämpferischen Auffassung fest. Bei dem Großteil der Gefangenen löste die Entlassungssperre, da sie zunächst auf unbestimmte Zeit verhängt worden war, starke Depression aus. Es häuften sich die Selbstmorde und Selbstmordversuche.

Die Selbstmorde

treten periodenweise auf. Es kommen Wochen, in denen vier bis sieben Selbstmordversuche unternommen werden. Die Gefangenen, die sich mit solchen Gedanken tragen, werden zuerst immer apathischer, bis sie sich eines Tages das Leben zu nehmen versuchen. Aus der Masse der Fälle seien hier nur einige herausgegriffen.

Hans Söllner, der 19jährige Bruder des früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten, befindet sich seit März 1933 im Lager. Er hat sich nie in seinem Leben mit Politik beschäftigt und wird nur als Geisel festgehalten. Ständig wird ihm erklärt, daß er nur entlassen wird, wenn sich sein

Bruder meldet. Der junge Mann, der immer wieder seine Hoffnungen auf Entlassung begraben mußte, hatte eine neue Hoffnung gefaßt, daß er Weihnachten 1936 endlich entlassen werde. Er glaubte das aus Bemerkungen von Wachorganen schließen zu können. Er freute sich auf diese Weihnachten. Sie kamen, aber Söllner blieb, wo er war. Als die Entlassenen verlesen waren und er wieder in die Baracke zurückging, sah man ihm an, daß er innerlich gebrochen war. Drei Tage nach dem Fest beschloß er, das Leben zu verlassen. Er machte an einem Nachmittag drei Selbstmordversuche. Zuerst versuchte er, sich mit einer Hacke den Schädel zu spalten. Daran wurde er gehindert. Dann, eine Stunde später, wollte er sich an seinem Hosenträger im Abort aufhängen. Ein Gefangener beobachtete ihn und meldete es der Wache. Man holte ihn wieder ins Leben zurück. Ein drittes Mal verschwand er am Abend im Klosett und brachte sich mit einem zugefeilten Blech vier Schnitte in den Hals und drei Schnitte in den rechten Arm bei. In seinem Blute liegend fand man ihn.

Nach Verhängung der Entlassungssperre erhielt ein Gefangener von seiner Frau einen Brief, sie wolle nicht mehr auf ihn warten, und er möge sie freigeben. Der Mann weinte stundenlang. Am Nachmittag brachte er sich im Stiegenhaus Schnittverletzungen an den Armen bei. Erst als das Blut von dem dritten in den zweiten Stock herabtropfte, wurde er tot aufgefunden.

Wieder ein anderer Gefangener versuchte Selbstmord zu begehen, indem er in die sogenannte neutrale Zone bei der Umfassungsmauer hineinflief. Wer diese Zone betritt, auf den muß der Posten sofort schießen. Das geschah auch. Der Posten schoß und der Mann stürzte zusammen. Gleich darauf erschien der Sicherheitsoffizier, der Kasernentagedienst und der Kompagnieführer. Der Mann wurde abgeschleift.

Der Friedhof.

Dort befinden sich 19 Grabhügel, das heißt, man erkennt im Rasen 19 Erhebungen, bei denen schwarze Täfelchen stecken. Auf ihnen steht eine Nummer. Verschiedene Gräber bergen mehrere Tote. Der Friedhof, der im Munde der Gefangenen Heidenfriedhof heißt, wird nicht gepflegt. Das Gras wächst darüberhin und wird gemäht, wenn die Wiese gemäht wird. Kein Gefangener darf den Friedhof betreten. Bei den Bestattungen ist nie ein Gefangener zugegen. Zwei SS-Sanitäter scharren den Toten ein.

Juden.

Im Herbst 1936 hat sich der 50 Jahre alte Jude Dr. Fels, ein ehemaliger Stabsarzt, aufgehängt. Er war in der Abteilung der Rasseschänder. Gegen ihn richtete sich der ganze Haß und die Verachtung der Wachmannschaft, da er von Statur und Aussehen häßlich war. Er mußte trotz seines schwächlichen Körpers schwere

Arbeiten verrichten, und man stellte ihn immer in einen Wassergraben. Einmal wurde er z. B. von den Wachposten durch Gewehrkolbenschläge gezwungen, unter Wasser zu tauchen. Wenn er wieder versuchte, heraufzukommen, ließ man ihn etwas Luft schnappen und schlug ihn wieder ins Wasser zurück. An diesem Spiel hatte die SS eine höllische Freude. Ein andermal wurde er gezwungen, auf Händen und Füßen herumzukriechen und Brennesseln zu essen. Dadurch hat er sich eine Krankheit zugezogen. Eine besondere Schikane war auch, daß man ihm bei der Brotzeit das Stückchen trockenes Brot verwehrte und ihn zuschauen ließ, wie die anderen aßen. Sein Leben in Dachau war eine einzige Qual und ein unvorstellbares Martyrium. Er hat es nicht mehr ausgehalten. An einem Fensterkreuz im Revier fand man ihn eines Tages erhängt. Die Sanitäter schnitten ihn ab und scharren ihn im Heidenfriedhof ein. Nie bekam er einen Brief, niemand in der Welt hatte sich mehr um ihn gekümmert.

Im Dezember 1936 wollte sich ein dreißigjähriger jüdischer Emigrant, der äußerst schwächlich war, zum Arzt melden. Durch die schweren Arbeiten, bei denen er von der Wache ständig angetrieben wurde, war er so mitgenommen, daß er nicht mehr gerade gehen konnte. Als er beim Arzt erschien, um sich krank zu melden, erklärte dieser: »Ja, wenn Sie kein Jude wären, dann schon. So aber gehen Sie nur wieder an Ihre Arbeit.« Er schickte ihn wieder in die Kiesgrube. Dort wurde er mit Hohn empfangen und es wurde ihm erklärt, daß man ihm »sein Simulieren schon austreiben werde«. Er mußte Karren schieben. Plötzlich schnappte er nach Luft und brach zusammen. Er wurde abtransportiert. Nach einer Stunde war er tot. Dieser Emigrant war nach Palästina ausgewandert. Dort ging es ihm aber so schlecht, daß er wieder nach Deutschland zurückfuhr, und aus diesem Grunde hatte er den besonderen Hohn der SS zu ertragen.

Weihnacht 1936.

Zu Weihnachten kommt immer die Schwester Pia und überreicht jedem Gefangenen persönlich ein Päckchen. Es enthält ein Stück Hartwurst, drei Lebkuchen, zwei Tafeln Schokolade und 18 Zigaretten. Die Gefangenen benützen die Gelegenheit, an die Schwester Pia heranzukommen und sie zu bitten, für sie ein Wort einzulegen. In einigen Fällen hat das auch genützt, so daß die Schwester Pia mit Bitten überhäuft wurde. Beim letzten Weihnachtsbesuch wurde vorher der strenge Befehl ausgegeben, daß kein Gefangener die Schwester Pia ansprechen darf.

Die Bildung.

Für die Weiterbildung der Gefangenen wird nichts getan. Der Bruder des Oberbürgermeisters Fiehler, der sich wegen krimineller Verbrechen in Sicherheitsverwahrung in Dachau befindet, und der eine bevorzugte Stellung einnimmt, hat einmal

Vorträge über Judentum und Geld gehalten. Die Gefangenen suchten dem zu entgehen, indem sie bis 10 Uhr nachts freiwillig arbeiteten, denn nur wenn jemand arbeitete, konnte er von dem Vortrag wegbleiben. Sonst steht den Gefangenen nur die dürftige Bibliothek zur Verfügung.

Postsendungen.

Jeden Tag nach der Arbeit werden die Postsendungen ausgeteilt. Für die Häftlinge ohne Strafvverschärfung sind Geldsendungen bis 15 RM wöchentlich gestattet. Briefe empfangen kann man unbeschränkt. Jede Woche kann der Gefangene einmal schreiben, und zwar abwechselnd eine Karte und einen Brief. Vor der Aushändigung jeder Geldsendung wird der Gefangene gefragt, von woher er Geld erwarte. Wenn er es nicht weiß, wird das Geld zurückbehalten. Gefangene, die Lebensmittelpakete erhalten, werden immer wieder darauf hingewiesen, daß sie mit anderen zu teilen haben.

Bibelforscher.

Es befinden sich etwa 40 im Lager. Sie gelten als die größten Fanatiker. Auch in Dachau hören sie nicht auf, für ihre religiösen Auffassungen zu werben. Alle Bestrafungen tragen sie mit stolcher Ruhe. Es ist ihnen auch schon gelungen, einige Gefangene für ihre Sache zu gewinnen. Man kann sich mit ihnen gut unterhalten, aber sie sind sehr einseitig.

Im Bunker.

Die Bunker sind fast alle besetzt. Es befinden sich dort Menschen, die schon viele Monate eingesperrt sind. Niemand weiß, ob sie überhaupt noch da sind, denn sie werden nie ins Freie gebracht. Ein Mann aus dem Bunker mußte zum Arzt geführt werden. Er brach zusammen, als er ins Freie trat. Er konnte die Augen nicht öffnen. Er sah aus wie ein Gespenst.

Am 13. Juni wurde der Seemann Otto Foßwinkel, ein Kommunist, aus Hamburg eingeliefert. Er soll in dem Prozeß gegen Fiete, Schulte und Genossen freigesprochen worden sein und hat im Gerichtssaal, als man Fiete abführte, gerufen: »Rettet Fietes Kopf!« Daraufhin kam er nach Dachau. Nach seiner Einlieferung erklärte ihm der Oberführer Deubel: »Mann, schau Dir die Sonne an. Du kannst von Glück reden, wenn Du ihren Aufgang noch einmal siehst.« Seither ist der Gefangene im Lager nicht mehr gesehen worden.

Empfang der Hitlerrede.

Die Hitlerrede am 30. Januar wurde durch Lautsprecher im Lager übertragen. Die Uebertragung war sehr schlecht und kaum verständlich. Nur etwa 200 Mann hörten sich die Rede an, die übrigen gingen spazieren. Am nächsten Tag rief der Lagerführer die Mannschaft zusammen und erklärte, daß er sich jetzt davon überzeugt habe, daß sie noch immer staatsfeindlich seien. Einmal habe er sehen wollen, »ob nicht doch ein Funke von Besserungswillen vorhanden sei«, deshalb habe

Lage!

A.: Ihr Lumpen, ihr Gauner, ihr Lämmel, ihr Schufte, was schneht ihr denn fortwährend an mir vorbei? Du Affe dort, kratz dir den Pelz und verduffe, sonst schlag ich dir sämtliche Knochen zu Brei.

B.: Verzeih Sie, mein Herr — — — doch Sie werden verstehen — Sie spielen da gerade mit Dynamit — — Sie möchten nicht gern — — doch es kann was geschehen — Ein — sagen wir mal — diplomatischer Schritt . . .

A.: Ha! Schritt! Was erlauben Sie sich da für Sachen? Du Gauch, du Infamer, du Provokateur (schmeißt die erste Bombe ins Haus) Bruch! Siehste das kommt davon, hörst du es krachen? Schnell — mach dich beiseite, sonst gibst's ein Malheur.

B.: Verzeih Sie — ich bin hier als Wächter gedungen. Noch ist ja zum Glück weiter garnichts passiert. Nur bitte — — — ich wäre sonst leider gezwungen — — Ich möcht' Sie nicht gerne — — — Wenn Sie's nicht geniert . . .

A.: (Wirft die zweite Bombe) Das hast du von deinen gottsdämlichen Reden.

Jetzt fängt's an zu brennen. Und wer ist dran schuld?

Ich will nichts mehr hören! Jetzt küß ich jeden, der mich auch nur anquatscht. Genug der Geduld! (Nächste Bombe)

B.: Ich bitte Sie, Herr, es besteh'n Paragraphen.

Sie dürfen das garnicht. Wie sieht denn das aus!

Wir wollen die Sache bis morgen beschlafen.

Vielleicht wenn Sie selber als Wächter — — — dies Haus . . .

A.: Ich selber als Wächter? Das ließe sich hören.

Was zahlt Ihr? Ich halt auf lohnenden Preis.

Voraussetzung: keiner versucht mich zu stören.

Kusch! Schert euch zum Teufel, ihr Pack, ihr Geschmeiß . . .

(Der Rest geht in heftigem Gebrüll unter. Das Haus brennt weiter).

Partie 1937

Durch ministerielle Verordnung wurden im Dritten Reich für Leiter von Heiratsvermittlungsbüros besondere Schulungskurse eingerichtet, da es ihre Aufgabe sei, rassisch gesunde Männer und Frauen zusammen zu führen.

Deutsches Heiratsbüro. Ein Mann auf Freiersfüßen. Die Dame vom Dienst. An der Wand ein Singspruch: »Drum prüfe, wer sich

ewig bindet, ob sich die Rasse zur Rasse findet.«

Dame vom Dienst (in einem Album blättern): Also nichts in Brünnett, mein Herr? Wir haben auch in Blond ein großes Lager. Ist auch nicht mehr so hoch im Kurs. Wertverminderung um 25%, da die nordische Rasse bei uns ja ohnehin stark nachdunkelt und auch das Dinarische wieder getragen wird. Bitte schauen Sie auch diese Dame an. Fabelhafte Sippentafel. Ahnen, die noch auf den Blumen saßen. Familienwappen mit Ochsenkopf. Denken Sie sich das überm Sofa und eine bunte Schlummerrolle mit eingesticktem Hakenkreuz darunter! — Oder hier, das Schleswiger Vollblut. Bißchen schwer, aber äußerster Norden. 25 Mille sofort. Und das Zeugnis vom Erbgesundheitsamt, einfach Puppe, sag ich Ihnen. (Reicht ihm eine Abschrift). Lesen Sie. Schenkelumfang ganz hochpunktig. Die Brust . . . na, lesen Sie selbst. Bitte? Sie irren, Busen werden wieder getragen. Massig. Natürlich, wenn Sie auf eine Amazone aus sind (blättert weiter) dann schon so etwas. Hochschlank aber sehnig. Inhaberin des Reichsgepäckmarsch. Springt 4.50. Holte sich beim Reichsgepäckmarsch den zweiten Preis. Sie haben vor Plattfüßen Horror? Möglich, daß die Kinder gleich mit Senkfuß zur Welt kommen, aber dafür ist das heute deutsches Rassenabzeichen. Die Dame bringt die vorschrittsmäßige orthopädische Schuhenlage gleich mit in die Ehe. DRP 8630. Vermögen? Wenig. Aber der Vater sitzt im Verteilungsamt der Winterhilfe. Butter, Speck, Fleisch — mehr sag ich nicht. Bleibt immer wertbeständig.

Wie bitte? Skandinavinnen? Bedauere, im

Moment alles vergriffen. Haben wieder zehn Punkte angezogen. Aber gar nicht so empfehlenswert. Alle liberalistisch verseucht. Kritikerinnen. Das ist gerade was Schönes, meinen Sie? Ah, verstehe. (Schließt die Nebentür). Der Herr sucht trauliches Gemecker zu Zweien. Kann ich hinreichend mit Einheimischen dienen. (Blättert weiter.) Wie wärs mit der Kleinen hier? Hat auch einmal auf den Führer geschworen. Sucht Gleichgestimmten. Sie verstehen. Kein Feuer, keine Kohle kann brennen so heiß, als heimlich Gemecker, von dem niemand nichts weiß . . . Nicht Schöneres, als ein deutscher Sonnenuntergang mit Militärkonzert in der Nähe, dazu im lauschigen Grünen liegen — mit dem Geliebten und dem Thema: Kanonen wichtiger als Butter, wir müssen uns groß hungern et cetera. Auf dieser Basis habe ich schon die harmonischsten Ehen vermittelt. Meckern zu Zwest hat noch niemand gerout. Der Reiz des Verbotenen. Verstehe Sie. Gemeinsame Schmerzen verknüpfen die Seelen am besten. Und in Schmerzen haben wir ja heute Auswahl wie noch nie, nicht wahr?

Dasselbe. Die Dame vom Dienst. Auf dem Tisch dicke Aiben. Darüber gebeugt eine Hochblondine.

Dame vom Dienst (auf ein Bild verweisend): Garantiere für Erbgesundheit, meine Dame. Wir sind ja fachlich geschult und amtlich geprüft. Sehen Sie das lange Gesicht, die nordische Nase, der Führer gab was drum, wenn er so aussähe. Und billig zu haben. Beamter, die müssen heiraten. Der monogolide Zug um Augen, Backenknochen? Was

Gangsterkämpfen um ein Reich

Womit sie sich brüsten - Selbstverstümmelung zum Zwecke der politischen Verhetzung

er keinen Pflichtappell angeordnet. Aber sie hätten gezeigt, wie sie in Wirklichkeit dächten. Sie dürften nicht hoffen, daß man sie jetzt freilasse. Diese Sabotage habe ihnen schwer geschadet. Er sagte wörtlich: »Wir wissen ja, daß Ihr noch alle Kommunisten seid, aber das könnt Ihr Euch merken: wenn auch der Kommunismus einmal kommt, Ihr werdet ihn nicht erleben. Dafür werden wir sorgen.« — Nach dieser Rede meldeten sich verschiedene Gefangene und erklärten, daß sie den Empfang der Rede nicht aus bösem Willen versäumt hätten, sondern wegen des schlechten Empfangs. Es sei einfach nichts zu verstehen gewesen. Daraufhin hat der Lagerführer seinen eigenen Apparat kommen lassen und als eine Schallplattenübertragung der Rede gegeben wurde, mußte das ganze Lager antreten.

»Irrungen...«

»Auch unsere Universität ist nicht unberührt geblieben von den Strömungen der Zeiten, auch sie hat ihren Teil an den Irrungen eines deutschen Geschlechts, das sein Heil suchte in dem Glauben an die Allmacht des menschlichen Verstandes und den ewigen Fortschritt der menschlichen Gesittung und all den abstrakten und seichten Doktrinen, die daraus folgten. Doch diese Lehren hatten ihre Zeit und nicht um ihrer zu gedenken, sind wir heute zusammengekommen...«

(Reichsminister Rust bei der 200-Jahr-Feier der Göttinger Universität.)
(»Deutsche Allgemeine Zeitung« Nr. 292.)

Deutschland heute

Setzt man den Umsatz von Nahrungs- und Genussmitteln im »Systemjahre 1923 gleich 100, so betrug der Umsatz im ersten Vierteljahr 1937 nur 81,7, in Hausrat und Wohnbedarf 83,1 und in Textilien und Bekleidung gar nur 72,1! Dabei hat die Bevölkerung Deutschlands seit 1928 um rund zwei Millionen Menschen zugenommen! Man kann also ungefähr ahnen, um wieviel schlechter die Lebenshaltung des deutschen Volkes im Dritten Reich im Vergleich zur »Systemzeit« ist!

Deutschlands Anteil am Welt-handelsumsatz sinkt weiter! Im Jahre 1931 betrug er 10 Prozent. Im ersten Vierteljahr 1936 war er auf 9,6 zurückgegangen. Das Jahr 1937 verzeichnet im ersten Vierteljahr ein weiteres Sinken auf 8,7 Prozent!

Der »Reichsapothekenführer« Schmierer — der Mann heißt so! — ruft seine Berufskameraden und die Aerzte zum Kampf gegen die »Arzneimittelsucht« auf. Die Aerzte sollen nur noch rezepturmäßig hergestellte Arzneien verschreiben, damit sich die Kranken nicht Arzneimittel ohne Rezept verschaffen könnten. — Statt Arzneien hat Deutschland unter Hitler Kanonen nötiger!

In der »Kampfzeit« begann das. Wo immer die braunen Horden in der Ueberzahl waren, fielen sie über ihre politischen Gegner her — am liebsten nicht in der Versammlung, sondern nach der Versammlung, wenn die verstreuten Trupps auf dem Heimweg waren, am liebsten nicht während, sondern nach einer Straßendemonstration, wenn die geschlossenen Züge sich aufgelöst hatten, am liebsten im Dunkel der Nacht, am liebsten in menschenleeren Gassen — und wo immer sie einen Ueberfall verübten, galt die Parole: »Schiebt den Ueberfallenen die Schuld zu!«

Es kam ihnen nicht darauf an, Leute aus den eigenen Reihen anzuschließen, um so den Beweis zu liefern, daß die angeblichen Angreifer auf der Gegenseite Schußwaffen besessen haben mußten. Mehr als einmal wurde ihnen von deutschen Richtern nachgewiesen, daß die Kugeln, die im Rücken irgendeines SA-Mannes steckten, nur aus einer SA-Flinte kommen konnten, daß die Wunden, die irgendein Hitlerjunge an Kopf oder Bein aufwies, von einem Nazi-Knüppel geschlagen worden waren. Darob jedesmal große Entrüstung in der braunen Presse: »Sind wir denn Gangster?« — Würde Schimpfkanonaden gegen die republikanische Justiz. Und beim nächsten braunen Demonstrationzug marschierten die wunden Recken, bepfändert und verbunden, als Paradeperde in der ersten Reihe.

Nach dem Anbruch des Dritten Reiches wurden Hunderte von Arbeitern wegen »hinterlistiger roter Ueberfälle« während der Kampfzeit in Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen, wurden einige zum Tode verurteilt und hingerichtet, weil sie angeblich Jahre zuvor einen »Soldaten des Führers« im Straßenkampf getötet hätten. Nie hatten Nationalsozialisten solche Straßenschlachten provoziert, nie ließen sie sich das leiseste zuschulden kommen. Denn: »Wir sind keine Gangster.«

Sind sie es nicht? Durch Ostpreußen marschierte in dieser Woche — 600 Mann stark — Hitlers »alte Garde«. Die parteiamtliche »Preußische Zeitung« in Königsberg nahm die Gelegenheit wahr, ihren Lesern einige besonders charakteristische Erlebnisse aus der Kampfzeit vorzusetzen. Von alten Kämpfern voller Stolz niedergeschrieben. Es wimmelt in diesen Aufsätzen von Heldentaten — und von Beschimpfungen der Gegner. »Rotmord« gespenstert durch alle Spalten. Einer dieser Berichte — er findet sich in der Nummer 165 der »Preußischen Zeitung« vom 17. Juni 1937 — bringt eine so schamlose Enthüllung der braunen Verbrechermethoden, daß er in der ganzen Welt Beachtung verdiente. Wir zitieren wörtlich:

»Ein dunkler Oktober-Abend des Jahres

1932. Drei Fußgänger wandern langsam und friedlich die neu angelegte Hufenpromenade in Königsberg entlang. Da zucken sie plötzlich zusammen. Zwanzig, dreißig Meter vor ihnen liegt etwas Dunkles über den Weg — ein Mensch. Vielleicht tot, ermordet?! — Ach, es wird immer schrecklicher und gefährlicher in Deutschland. Jeden Tag melden die Zeitungen neue Ueberfälle, Straßen- und Saalschlachten, Morde. — Mit hastigen Schritten hat der erste den regungslosen Körper erreicht und dreht ihn auf den Rücken. Es ist ein junger Mann, vielleicht 24 Jahre alt. Bei der Bewegung stöhnt er auf. Seine Stirn ist am Haaransatz dick verschwollen, er muß überfallen worden sein — von den Roten. (Sperrung wie im Original.) Denn er trägt braune Hosen, und außerdem steckt an seinem Rock das Hakenkreuz und das SA-Abzeichen. Als die drei mit dem Verwundeten außer Sicht sind, um ihn zum nächsten Arzt zu bringen, tauchen hinter den Büschen zwei finstere Gestalten auf. Sie nicken sich zu, in Ordnung. Kommune?«

Natürlich Kommune, denken die friedlichen Fußgänger — und denkt auch der Richter, der am nächsten Tag im Schwurgerichtssaal des Königsberger Landgerichts gegen vier SA-Männer zu verhandeln hat. Auf Brandstiftung lautet die Anklage und auf verbotenen Besitz von Schuß- und Schlagwaffen. »Fünf Sturmkameraden, in denen man nicht ganz mit Unrecht die weiteren Brandstifter vermutet, sind als Zeugen geladene, erzählt augenblinzend der Gewährsmann der »Preußischen Zeitung«. Zum Glück erkennt sie niemand, der sie »bei der Arbeit« sah, denn sein Gesicht soll sich bekanntlich verdammt verändern, wenn beispielsweise eine Brille daraus verschwindet und von der früher glatten Oberlippe ein flottes Bärtchen grüßt. Einer der Zeugen allerdings, das heißt einer der Brandstifter, wäre vielleicht doch erkannt worden, aber

»gerade der, bei dem dieser Zwischenfall am wahrscheinlichsten war, mußte der Verhandlung »leider« fernbleiben. Von ihm kündete ein ärztliches Attest: Niedergeschlagen am Vorabend des Prozesses, Gehirnerschütterung, vernehmungsunfähig. So lief alles noch ziemlich glimpflich ab, besonders da der Verteidiger auf Grund dieses neuesten Ueberfalls eine überzeugende Rede für die Notwendigkeit der Selbstschutzmaßnahme der drei Waffenträger liefern konnte.«

Der Richter urteilte milde, sehr milde. Rotmord war ja wieder am Werk gewesen. Er sah im Geiste einen zerschlagenen Kopf, ein bleiches Gesicht — vielleicht einen Sterbenden. Der alte Kämpfer plaudert selbstgefällig weiter:

»Die dritte Szene spielte am Krankenbett des Ueberfallenen. Voller Freude hörte er von dem guten Ausgang des gefürchteten Prozesses. Sein Schädel brummt zwar noch ordentlich, aber in einer Woche war alles in Ordnung. Schließlich hatten wir ihm ja auch nur mit halber Kraft den Knüttel rübergesengt. Er hatte es

uns ausdrücklich befohlen, er — unser Truppführer.«

Das also war Rotmord! Sie haben ihren eigenen Kameraden Brandstifter niedergeschlagen, um ihn vor einer wohlverdienten Strafe zu bewahren. Sie haben anderen kaltblütig die Schuld zugeschoben. Sie haben ihre eigene hundsöttische Tat zu einer verstärkten Hetze gegen ihre politischen Widersacher benützt — und sie brüsten sich heute damit. Möglich, daß inzwischen ein Sozialist um dieses »Ueberfalls« willen im Konzentrationslager zuschanden geschlagen worden ist. Wer kann das nachprüfen? Wer kann nachprüfen, in wievielen Fällen, denen nach Hitlers Sieg eine blutige Rache folgte, das gleiche Spiel gespielt wurde?

Sie brüsten sich damit! Noch vor wenigen Jahren wiesen sie die Verdächtigen, während der Kampfzeit wiederholt Selbstverstümmelung getrieben zu haben, entrüstet zurück. Damals steckte ihnen immerhin noch etwas von den Ehrbegriffen in den Knochen, die in der Republik galten und die heute noch der ganzen zivilisierten Welt zu eigen sind. Inzwischen hat der parteifrome Nationalsozialist völlig verlernt, eine Heldentat von einem Schurkenstreich zu unterscheiden.

Natürlich hat er es verlernt. »Denn was er so artig im Kleinen erlebt, erfährt er, genöß er im Großen.« Wodurch unterschied sich der Reichstagsbrand von jener in der »Preußischen Zeitung« so neckisch geschilderten Gangsterei? Und hat das gleiche Brandstifter-Verfahren inzwischen nicht auf die Außenpolitik übergegriffen? Wo man hinblickt in der Welt — auf die spanischen Gewässer oder nach Danzig, ins sudetendeutsche Randgebiet oder nach Oesterreich — überall geschieht den Armen deutschen Opfern immer gerade dann ein blutiges Unrecht, wenn eine Art Gerichtsverhandlung bevorsteht und wenn ihnen daran liegt, mit Vergeltungsmaßnahmen drohen zu dürfen.

Im Falle »Kreuzer Leipzig« haben »wir« überhaupt nicht zugeschlagen, sondern nur Torpedos schwirren hören, die sonst kein Mensch auf der Welt sah, hörte oder abgeschossen hatte. Zu »Selbstschutzmaßnahmen« und zu kompakten Drohungen reicht's allemal.

Und wenn Deutschland, wenn Europa eines Tages blutend auf dem Siechbett liegt, dann hoffen die Brandstifter, auf gerettetem Geldbeutel sitzend, grinsend verschören zu können: »Wir haben ja nur ein wenig zugehauen, nur mit halber Kraft, nur um Rotmord zuvorkommen.« So stellen sie sich's wenigstens vor. Wird die Welt nach vier Jahren braunen Heldentums sich noch ebenso nasführen lassen wie weiland der milde Richter in Königsberg?

Deutsche Geschichte

In der Aula der Universität Königsberg sprach Stellvertreter Gauleiter Großherr über »Die Wege zur Volksgemeinschaft«. Seit vielen Jahrhunderten sei sie ersehnt und versucht worden, aber leider nie gelungen. An der »Zersplitterung« scheiterte schon »der erste Versuch des Cheruskers Hermann nach einem glücklichen Beginn...« Warum? Fehlt nur noch die Erklärung, daß schon dieser alte Germane den südlichen Stämmen zu berlinisch war. Auf dieser Höhe etwa bewegte sich der Vortrag. Wir zitieren nach der »Preuß. Ztg.« vom 25. Juni:

»So blieb das Volk uneins, wenn auch der Staat notdürftig geschaffen wurde. Auch das große Fronterlebnis des Weltkrieges, von dem man die große Volkswendung erwartete, blieb ungenutzt, weil die Heimat den Männern, die berufen waren, sie zu schaffen, in den Rücken fiel. Nach 2000 Jahren endlich entstand dem Volk ein Mann, der die große Tat vollbrachte.«

Wer ist es? Fragt nicht danach, ihr werdet es nie erfahren. Nur soviel sei verraten:

»Dieser Mann kam aus dem Volk und stieg an seine Spitze ohne einen Berechtigungschein, ohne Geld und Beziehungen, ohne Ansprüche einer Kaste. Mit ihm stiegen Männer an die Spitze, seine Gauleiter, die wie er, aus der Masse kamen, die von dem gleichen politischen Gefühl und der gleichen Tatkraft beseelt waren wie er.«

Seine Gauleiter, vergeßt das nicht, denn der Redner ist stellvertretender. Und so ohne Geld und ohne Beziehungen war obiger Retter, daß er lediglich ein paar Blätter aufmachen, braune Häuser in vielen Städten

kaufen und in München lediglich einen braunen Palast errichten konnte, der Millionen kostete. Denn die lumpigen 12 Millionen, die er nach kapitalistischen Aussagen vom deutschen Großkapital bezog, reichten weder hinten noch vorn. Und die Beziehungen? Außer den Hohenzollern, dem Großkapital, den Kraut- und Schlotbaronen, der Harzburger Front und der gesamten Reaktion hatte er keine anderen Schätze und Kräfte hinter sich, als eben seine wackeren Gauleiter. So entstand endlich der deutsche Staat und damit der höchste Punkt der deutschen Geschichte.

Gehalten in einer Universität, zum Abschluß eines Semesters, vor Rektoren und jungen Studenten. Ein Beispiel neudeutscher Wissenschaft. Arme Jugend!

Der Parolenvogel

Die Landesfachgruppe Ostpreußen und Danzig der Reichsfachgruppe Kanarienzüchter veranstaltete bei Lapschies eine große Sommertagung...

Es wurde die Parole ausgegeben: »Für jedes deutsche Haus einen deutschen Edelvögel!«

(»Preußische Zeitung« Nr. 170.)

Sozialismus

»Der Bankdirektor — es ist wirklich einer — hat gerade dem »kleinen« Angestellten einen Verband um die wundgelautenen Hacken gelegt, und oben am Wald teilt einer gerade seine letzte Wurst in drei Teile. So wird die Ostlandsfahrt mehr als eine reine Erholungsfahrt.«

(»Preußische Zeitung« Nr. 171.)

wollen Sie, Paul Wegener-Typ, einer unserer größten Darsteller. — Etwas Apparates? Oh bitte. Hauise in österreichischen Offizieren, Heimwehrführern. Jawohl, etwas aus der Mode. Also nicht. Wie wärs mit einem kleinen Scharführer? Auch billig. Braun hat einige Punkte eingebüßt. Oder hier, Reichswehr-offizier. Was auch kommen mag, das schwimmt oben und ist nie schuld gewesen. (Blättert weiter.) Da, ein Dinarier, aber dafür mit dreifacher Versicherung: er neutral, der Bruder SS, der Schwager Reichswehr-offizier, der Vater ehemaliger Demokrat mit linken Querverbindungen. Wie die Zeiten sich auch wandeln — da kann nie etwas passieren. — Oder vielleicht etwas Neuheidnisches gefällig? Große Zukunft. Nein? Na ja, mir ist ja Christus auch lieber als Göbbels. Uebrigens, bleiben Sie bei jeder Witterung so blond, meine Dame? Ja? Sehr schön. Dann gilt für Sie der germanische Tarif. Waschechtes Blond wird in gewissen Kreisen sehr hoch gehalten. (Schlägt eine andere Mappe auf.) Vielleicht findet sich hier etwas Passendes. Von oben blättern, wenn ich bitten darf, das Unterste zuletzt... Abteilung A. abnorm... Sie verstehen nicht? Also nachher, bitte schön. — Wie wärs mit diesem Staf? Be-jahrt, aber gut erhalten, gesegnet mir zwei heimlichen illegitimen Kindern. Fehlfarben. Die Mutter soll Jüdin sein. Diskrete Angelegenheit, aber dafür Rapportführer im Konzentrationslager. Ausstattung kostenlos aus sozusagen eigenen Werkstätten. Wie? Sie schütteln sich? Ich habe zehn Jahre neben einen Friedhof gewohnt, daran gewöhnt man sich.

Bitte. Gehen wir weiter. Das hier? Ein

kleiner Hohenzollernprinz. Ehemals Sekretär bei Strachern. Werden sich bald selbständig machen. Allerhand Chancen. Auch Habsburger ziehen an. Ebenso starke Belegung des Marktes in Stahlhelmen. Werden immer wieder gehandelt... Das unterste Fach möchten Sie sehen? Nach Belieben. Eine diskrete Frage: Wollen Sie Kinder? Ja? Nun, das ließe sich in jedem Falle einrichten. Aber legen Sie Wert auf ein normales Eheleben — ich meine... komplett? Hm, dann dürfte diese Abteilung ausscheiden. Hohe mitteleuropäischer Würdenträger, die lediglich repräsentative Frauen suchen. Nicht ohne Vorbehalte, Hintergedanken und Hintermänner, aber dafür allererste Kreise.

Nein? Blicke noch unsere wohllassierte Heldengalerie. (Schlägt neues Album auf.) Vielleicht versuchen Sie es mit einem fällischen Typ. Hier, preisgekrönter Fememörder, in Sippenafel. Soll auch den Asmusen mit umgelegt haben. Aber Gnädigste, bei dem Vorurteil sind Sie noch? Besitzer des Ehren-dolches, rechte Hand von ganz oben! Nicht konvenierend? — Wie wärs mit dem Aller-neuesten... Demnächst kommen frische Hei-den vom spanischen Kriegsschauplatz herein. Vorläufig kann ich Ihnen nur zwei lädierte Flieger offerieren. Guornica-Kämpfer. Vom Führer beglückwünscht. Inhaber des Blutordens. Im Kampfe gegen die Zivilbevölkerung unbesiegbar. Keine flüchtende Frau, kein flüchtendes Kind bleibt heil... Sie sind plötzlich so blaß geworden... Ein Glas Wasser gefällig? Einen Moment bitte...

Karl Rothe.

Zerrüttung der Krankenkassen

Achtzig Millionen Vermögensverlust

Die Propaganda des Nazi-Regimes ist, wenn auch ungewollt, an einem Wendepunkt angelangt. Es war schon eine lange Zeit, vier Jahre hindurch als neue verantwortliche Staatsgewalt von der Kritik seines Vorgängers leben zu wollen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik haben die Nazis über das Kritizieren hinaus, das Werk des republikanischen Deutschland weitgehend wieder abgetragen und teils ganz zerstört. Das gilt für die Sozialversicherung, über die augenblicklich von den Pressestellen der Arbeitsfront wohl oder übel berichtet werden muß. Die statistischen Künste können diesmal auch nur schlecht verdecken, wie sichtlich das Dritte Reich in der sozialen Fürsorge versagt, der die Arbeiterschaft in den Wechselfällen des Lebens im kapitalistischen Staate bedarf.

Es ist schon symptomatisch, daß die propagandistische Aufmachung der Krankenkassenberichterstattung rein negativ gehalten ist. Die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz« versieht den Jahresbericht für 1936 mit der Überschrift: »Ueber 1000 Krankenkassen weniger«. Man hätte erwarten dürfen, daß nach vier Jahren Krankenkassenreform gerade auf diesem Gebiet von der nationalsozialistischen positiven Leistung erzählt werden würde. Waren doch die Krankenkassen die eigentlichen »Nester der roten Bonzen« und hier sollte durch eine große Reinigung endlich den Kranken geholfen werden. In der Tat waren diese Kassen und Büros die große Versorgungsgelegenheit zur Beschäftigung, d. h. Unterbringung der alten Kämpfer. Darum hat sich aber in der Entwicklung der Krankenkassen auch mehr als auf jedem anderen Gebiet die ganze Hohlheit dieser heute in Deutschland führenden faschistischen Partei erwiesen. Diesmal kann die Propagandalüge nicht helfen.

Zunächst wird, wie üblich verkündet, daß der Mitgliedsstand der Krankenkassen von Monat zu Monat dauernd zunimmt, er soll von 1934 bis 1936 im Jahresdurchschnitt von 19,9 auf 21,6 Millionen angestiegen sein. Wenn die Zahl richtig sein sollte, so hätte sich damit der Beschäftigtenstand im Zeichen einer höchst intensivierten Kriegswirtschaft lediglich dem Niveau des Jahres 1929 wieder genähert. Die Einzelberichte freilich zeigen, daß im 4. Quartal 1936 nur 19,7 und im 1. Quartal 1937 wieder 19,7 Millionen Versicherte gezählt worden sind. Der Jahresdurchschnitt von 21,6 erscheint demnach etwas reichlich errechnet zu sein. Bei der Beurteilung der Beschäftigtenziffer muß aber auch berücksichtigt werden, daß heute auf der nominalen Beschäftigung bestanden wird, selbst wenn die Betriebe mangels Rohstoffen für ihre Belegschaften keine volle Beschäftigung mehr haben. Die Arbeiter werden in den Lohnlisten geführt und zu den Krankenkassen gemeldet, obwohl sie teils nur mit abwechselndem Urlaub arbeiten können.

Nun soll die größte Leistung der Nazis, wie die DAK hervorhebt, der Abbau der Krankenkassen gewesen sein. Ihre Zahl hat sich um 1000 vermindert. Wir erinnern daran, daß bereits in der Republik eine Vereinheitlichungsaktion der zahlreichen Kassen im Gange war. Damals war aber vor allem an die Verringerung der Zahl der Zwergkassen gedacht, es sollten die Betriebskrankenkassen und die Innungskassen beseitigt und die Krankenversicherung in den Ortskrankenkassen zentralisiert werden. Der Bericht, wie er jetzt in der Zeitschrift der Ortskrankenkassen veröffentlicht wird, zeigt aber, daß sich die Zahl der Ortskrankenkassen von 1933 bis März 1937 von 922 vermindert hat, während die Betriebs- und Innungskassen geschont worden sind. Die DAK schreibt, daß sich der Mitgliederzuwachs in den Innungskassen am stärksten zeigt und über 15 Prozent im Jahr 1936 beträgt. Diese Verschiebung in den Kräfteverhältnissen der verschiedenen Zweige der Krankenversicherung zeigt die Tendenz der Nazi-Krankenkassenreform. Die allgemeine gesetzliche Sozialversicherung wird mehr und mehr durch zumftmäßige und betriebliche Einrichtungen verdrängt.

Das sogenannte Aufbaugesetz vom 5. Juli 1934 sollte in erster Linie eine Finanzreform der Krankenversicherung bringen. Abbau der Leistungen und der Beiträge war das Rezept. Nun muß der Jahresbericht 1936 zugeben, daß die Beitragsherabsetzung sich als unhaltbar erwiesen hat.

Die DAK bemerkt in ihrer Ausgabe vom 5. Juni 1937, daß die Beiträge weiter gesenkt worden waren, als »auf die Dauer haltbar sein konnte«.

»Entbehrliche Vermögensbestände wur-

den zur Ausgabendeckung herangezogen.« Die Nazis haben also mit niedrigen Beiträgen Propaganda gemacht und dafür das Defizit aus dem Vermögen der Kassen gedeckt. In abschbarer Zeit werden die Beiträge wieder erhöht werden. So sieht die »Reinigung« aus. Der Vermögensausweis spiegelt diese Sparpolitik wider. Das Vermögen der reichsgesetzlichen Krankenkassen hatte in der Zeit höchster Krise 1932 ohne Saarland 920,958.000 RM betragen und ist jetzt bis Ende 1936 auf 839,900.000 RM zurückgegangen, nachdem durch die Einbeziehung der saarländischen Krankenkassen noch Vermögen in Höhe von 6,2 Mill. RM (1935) hinzugekommen war. Der Vermögensschwund der Krankenkassen unter Adolf Hitler beläuft sich somit auf 80 Millionen RM.

Wir wollen zugunsten der Nazis aussprechen, daß wahrscheinlich in diesen Riesenverlusten die unterschlagenen Gelder der Nazi-Krankenkassenbonzen bereits mit-enthalten sind.

Die Krankenkassenreform der Faschisten hat neben den Substanzverlusten Opfer der Mitgliedschaften gekostet, deren Heilmittel, Arztbehandlung und materielle Krankengeldunterstützung abgebaut worden sind.

Wenn wir zugrunde legen, daß 1933 ein Beitragseingang von insgesamt 1,129 Milliarden RM zu verzeichnen war und 1936 von 1,478 Milliarden RM, ferner daß sich Mitgliedsziffern von 16,2 und 21,6 Millionen gegenüberstehen und daß die Zeit der Krise auch für die Krankenkassen stets eine stärkere Belastung ergab, als solche der stärkeren Beschäftigung, so müßte die Krankenkassenleistung zwischen 1933 und 1936 wesentlich gestiegen sein.

Die Zeitschrift »Die Ortskrankenkasse« gibt in ihrer Ausgabe vom 11. Juni 1937 die Leistungsausgaben pro Mitglied für Krankengeld, Arzt, Hausgeld, Heilmittel usw. für das 1. Quartal 1936 mit insgesamt 11,68 RM an, also jährlich 46,72 RM. Es stehen sich demnach an Leistung der Krankenkasse für ein Mitglied gegenüber

1933 . . .	54,36 RM jährlich
1936 . . .	46,72

Wenn bei der heute in Deutschland übli-

chen Berichtsmethode nur schwer eine wirkliche Einsicht möglich ist, so zeigen bereits diese Durchschnittsziffern einen Leistungsabbau von 20 bis 25 Prozent.

Am wenigsten hat sich die »Sparpolitik« in der Verwaltung ausgewirkt; die gesamten Verwaltungskosten betragen nach dem Bericht für März 1937

persönliche . . .	8,665.000 RM
sachliche . . .	2,213.000 ..
zusammen . . .	10,878.000 RM

Man darf annehmen, daß die Berichtserstatter nicht den teuersten Monat des Jahres ausgewählt haben. Die jährliche Verwaltung würde sich auf 130,536.000 RM belaufen. Im Jahre 1933 waren die Verwaltungskosten insgesamt 102,785.000 RM. Obwohl die Betriebskassen ihre Unkosten selbst decken und obwohl die Ortskrankenkassen sich um 1000 vermindert haben, sind die Verwaltungskosten um rund 28 Millionen RM angestiegen. So sieht die Sparpolitik in Wirklichkeit aus.

Dafür wird in dem Bericht hervorgehoben, daß die gesetzlichen Krankenkassen heute gegen 38.000 Nazis in der Verwaltung beschäftigen. Es sind im letzten Berichtsjahr allein 1000 Kräfte neu eingesetzt worden.

Nebenbei wird dann vermerkt, daß die sogenannten Mehrleistungen nur noch die finanziell gut gestellten Krankenkassen gewähren dürfen.

»Auf Grund dieser Bestimmung durften Ende 1936 1014 Krankenkassen keine freiwilligen Leistungen mehr gewähren.«

Die sogenannten Mehrleistungen bestehen praktisch in Barleistungen an die Familien der Erkrankten, wie überhaupt in der Berücksichtigung des Familienstandes. Es geht also keineswegs um Luxusleistungen, sondern um sozial notwendige Erfordernisse, die zwar formal nicht unter die Mindest-Verpflichtungen der Krankenkassen fielen, aber bis zum Einzug der Nazis von dem größten Teil der Ortskrankenkassen aufgebracht worden waren.

Die Nazis mögen die Versorgung ihrer Bonzen in den deutschen Krankenkassen als eine Leistung ansehen, für die Arbeiter und Angestellten hat sich dieses Experiment als ein teurer, auf die Dauer untragbarer Spaß

„Nicht für die Presse bestimmt“

Das hinderliche Schulzeugnis und der irreführte Leser

Hinter dem fest gesponnenen Gewebe der deutschen Zeitungen verbirgt sich alles, was im Dritten Reich wirklich geschieht. Um so erheiternder wirkt es, wenn der Zensor einmal einen gelockerten Faden übersieht. Dann reißt nämlich immer gleich die ganze Naht — und der erstaunte Leser blinzelt durch den Riß in eine wenig schöne Welt der Schiebung.

Am 24. Juni stand in den meisten deutschen Blättern die folgende Meldung:

»Ein Einzelfall gibt dem Reichserziehungsminister Veranlassung, erneut auf seine Anordnung hinzuweisen, daß auf den Abgangs- und Reifezeugnissen jeder Vermerk über die Betätigung eines Schülers oder einer Schülerin in der Partei oder in einer ihrer Gliederungen zu unterbleiben hat.«

Das ist doch ganz gleichgültig, dachten wohl die lesenden Eltern mit einem Seufzer. Ob unser Junge studieren oder Flieger werden will, ob er in einem großen Werk Anstellung sucht oder bei der Gemeinde oder bei der Post — ein Führungszeugnis von der Partei wird in jedem Fall verlangt. Da kommt es schon nicht darauf an, ob der Blödsinn auch in den Schulzeugnissen steht.

Aber am nächsten Tage stutzten die Leser. Da war nämlich an der gleichen Stelle in ihrer Zeitung zu lesen:

»Ein Teil der Preses hat die Mitteilung gebracht, daß nach einer Anordnung des Reichserziehungsministers auf den Abgangs- und Reifezeugnissen jeder Vermerk über die Betätigung eines Schülers in der Partei oder in einer ihrer Gliederungen zu unterbleiben hat. Diese auf Wunsch des Stellvertreters des Führers ergangene Anordnung war für die Presse nicht bestimmt, da sie ohne gleichzeitige Bekanntgabe des vorangegangenen grundlegenden Erlasses irreführend wirken kann.«

Das regt zum Nachdenken an. »Irreführende Meldung« — das heißt: hier ist ein Stück Wahrheit zu erwischen. Und siehe, es zeigt sich, daß in den folgenden Sätzen einiges nicht stimmt:

»Es ist vorgekommen, daß einem Schüler infolge seiner Betätigung in einer Gliederung der Partei auf dem Zeugnis vermerkt worden war, daß diese außerschulische Betätigung auf seine schulische Entwicklung störend eingewirkt habe. Solche Vermerke auf Schulzeugnissen sind geeignet, das Fortkommen der Schüler zu erschweren. Darum hat der Reichserziehungsminister bereits früher grundsätzlich angeordnet, daß solche Vermerke zu unterbleiben haben.«

Was soll das heißen? Ein Schüler bekommt ein schlechtes Zeugnis. Das »erschwert ihm das Fortkommen« in jedem Fall. Der Schulleiter aber, bestürzt darüber, gerade dem eifrigsten Partei-Musterknaben sowie »Ungünstige« versetzen zu müssen, schreibt gleichsam als Entschuldigung den Vermerk ins Zeugnis, daß die mangelnden Kenntnisse des künftigen Volksführers durch hingebenden Idealismus beim Schießen und Marschieren wettgemacht worden seien. Ob der Junge studieren oder Flieger werden will, ob er bei einem größeren Unternehmen Anstellung sucht oder... (usw. siehe oben) — diese Fußnote kann ihm nur zustatten kommen, von »erschwerend« ist da gar keine Rede. Im Gegenteil: je schlechter das Zeugnis und je dicker die Fußnote, desto unbedingter ist das Fortkommen des hoffnungsvollen Jünglings gesichert.

Warum also in aller Welt das »nicht für die Presse bestimmte« Verbot? Sollten doch eine ganze Menge Leute in dem »geeinten Volk« — etwa die kleinen Unternehmer — auf den Parteidienst pfeifen und statt dessen Leistungen verlangen? Ja, wohl, das tun sie, und daß sie es tun, ist beinahe schon Hochverrat. — Aber vielleicht liegt noch etwas anderes vor? Dem gewitzten Leser — und die meisten deutschen Zeitungsläser haben, nachdem man ihnen vier Jahre Zeit gegeben hat, einen ganz gesunden Spürsinn entwickelt — dem Leser fällt ein, daß alljährlich eine sorgsame Auswahl durch und durch brauner Burschen ins Ausland geschickt

wird. Sie sollen die ausländischen Universitäten mit braunem Geist durchsuchen — und sie sollen gleichzeitig die deutschen Minderheitsangehörigen in ihrer Umgebung bespitzeln helfen. Es ist die braune Creme der Gesellschaft, die dafür ausersehen wird.

Nun — bei den ausländischen Professoren (selbst wenn sie mit dem Dritten Reiche liebäugeln) ist die Mitteilung, daß »diese außerschulische Betätigung auf die schulische Entwicklung störend eingewirkt habe«, in der Tat keine Empfehlung, und der beabsichtigten Propaganda für die herrliche deutsche Jugendziehung geschieht kein guter Dienst damit.

Der Leser klappt die Zeitung zu und denkt nach, wie ein schlechtes Zeugnis — auch ohne jeden Vermerk — bei einem Vorzugsstudenten und Stipendiaten wirken mag. Er kommt zu dem Ergebnis, daß verdienten jungen Kämpfern von Rechts wegen gar keine schlechten Zeugnisse ausgestellt werden dürfen. — Und damit hat er wieder ins Schwarze getroffen.

Angst

Der Leiter der »Reichsgruppe Versicherungs« hat eine Anordnung herausgegeben, in der bestimmt wird, daß

»Versicherungsunternehmen und Generalagenten Vertreter erst einstellen dürfen, nachdem sie sich von der Vertrauenswürdigkeit des Vertreters und in einer nach Lage der Umstände des einzelnen Falles geeignet erscheinenden Weise auch von seiner Zuverlässigkeit in politischer Hinsicht überzeugt haben.«

Die »Preußische Zeitung« Nr. 174 bemerkt dazu:

»Der Versicherungsvertreter, ob fest angestellt oder nebenberuflich, ist jeden Tag in unmittelbarer Berührung mit allen Schichten des Volkes. Ist er weitanschaulich und fachlich einwandfrei, dann kann er neben seiner oder, besser noch, trotz seiner wirtschaftlichen Tätigkeit politische Arbeit in bestem Sinne leisten.«

...und ist er ein Neinsager — so sollte es füglich weiter heißen — dann findet er mehr offene Ohren als uns lieb ist. — Sie dürfen es nicht mehr wagen, den kleinsten Vertreter unkontrolliert herumlaufen zu lassen. Sie müssen die Nase in jeder Hausflur haben, sonst können die Führer nicht ruhig schlafen.

»Reichsschießschule«

Die deutschen Zeitungen melden: »Die erste Reichsschießschule der Hitlerjugend wird Ende Juli in Obermannsfeld bei Meiningen in Thüringen eröffnet. Die Aufgabe dieser neuen Schule ist vor allem die Ausbildung von Schießwarten für die Hitlerjugend, damit sobald wie möglich jeder Gefolgschaft eigene Schießwarte zur Verfügung gestellt werden können.«

Genau wie Lansbury es sah: die friedlichste Jugend der Welt.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. ZL 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18,—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2,— (Kč 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2,45 (29,50), Bulgarien Lew 8,— (96,—), Danzig Guld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4,— (48,—), Frankreich Frs. 1,50 (18,—), Großbritannien d. 4,— (Sh. 4,—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc. 2,— (24,—), Rumänien Lei 10,— (120,—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1,—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad. Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.